

VEREIN AKTIVES MUSEUM

Faschismus und Widerstand in Berlin

Mitgliederrundbrief Nr. 53

Juni 2005



Foto Martin Schönfeld

Historisch kommentiert:

Das Stadion der Olympischen Spiele 1936

Geschäfts- und Dokumentationsstelle: Stauffenbergstr. 13-14, 10785 Berlin, Tel.:
030/263989039, Fax: 030/263989060

<http://www.aktives-museum.de>; e-mail: info@aktives-museum.de

Konto 610012282 bei der Berliner Sparkasse BLZ 100 500 00

INHALTSVERZEICHNIS

Chistine Fischer-Defoy: Vom Wert authentischer Orte	S.
Gerhard Schoenberner: Das große Schattenboxen	S.
Dietfrid Krause-Vilmar: Stellungnahme zum Eckpunktepapier "Bilanz und Perspektiven der NS-Gedenkstätten in Berlin"	S.
Presseerklärung der Arbeitsgemeinschaft der Vertretungen politisch, rassistisch und religiös Verfolgter zum 60. Jahrestag der Befreiung am 8. Mai 2005	S.
Stefanie Endlich: "Historische Kommentierung" am Berliner Olympiastadion	S.
Verzeichnis der Text-Bild-Tafeln der Historischen Kommentierung Olympiastadion	S.
Claus-Dieter Sprink: Walter Sutkowski und das Denkmal auf dem Platz des 23. April	S.
Martin Schönfeld: Zur Wiederanbringung der Gedenktafel für Kurt Klinke	S.
<i>betr. Vergiftung der Luft in Berlin durch die Kraftfahrzeuge usw.</i>	S.
Martin Schönfeld: Erlebte Erinnerung – Rezension: Regina Scheer "Im Schatten der Sterne"	S.
André Schmitz: Rede anlässlich der Verlegung eines "Stolpersteines" im Gedenken an Martha Liebermann am 8. Juni 2005	S.
Zur Erinnerung an Frank Dingel – Neue Straßennamen braucht die Stadt?	S.
<i>Vor die Tür gesetzt</i> – Im Nationalsozialismus verfolgte Berliner Stadtverordnete und Magistratsmitglieder	S.
Ausstellungsankündigung <i>Vor die Tür gesetzt</i>	S.

Redaktion: Martin Schönfeld

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde,

Im Medientrübels um das Holocaust-Mahnmal, Peter Eisenman, Lea Rosh und einen Zahn aus Belzec ging fast unter, dass nur zwei Tage später, am 12. Mai 2005, endlich ein zentraler Repräsentationsort der Nationalsozialisten eine historische Kommentierung erhielt. Zwei Tage nach dem Großereignis am Brandenburger Tor wurde am Stadion der Olympischen Spiele 1936 die historische Kommentierung, bestehend aus einem historischen Rundgang und einem Ort der Information, der Öffentlichkeit übergeben. Dieses Ereignis blieb fast unbeachtet. Deshalb widmet der Rundbrief Nummer 53 des Vereins Aktives Museum seine Aufmerksamkeit dieser historischen Kommentierung. Das Konzept und die Entstehung der Kommentierung erläutert Stefanie Endlich. Sie schildert auch, welche Schwierigkeiten bis zur Aufstellung der Text- und Bildtafeln überwunden werden mussten. Denn noch zu Jahresbeginn drohte diese offizielle Maßnahme des Landes Berlin in der Konkursmasse der Walter Bau AG verloren zu gehen. Das konnte glücklicherweise abgewendet werden. Die Verknüpfung des modernisierten Stadions mit seiner Geschichte und mit den ideologischen Zusammenhängen der 1930er Jahre ist damit hergestellt.

Im Vorfeld der Gedenkfeierlichkeiten des 60. Jahrestages der Befreiung vom Nationalsozialismus wurde die Zukunft der Berliner NS-Gedenkstätten in den letzten Monaten sehr heftig diskutiert. Es ist der erklärte Wille des Bundes, die Berliner Einrichtungen Stiftung *Topographie des Terrors*, Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Haus der Wannseekonferenz und die Stiftung Denkmal der ermordeten Juden Europas in einer Stiftung zusammen zu führen. Zwei Colloquium wurden zur Untermauerung dieses Zieles durchgeführt, und ein Gesetzentwurf ist in Vorbereitung. Damit droht aber das inhaltliche Profil der einzelnen Einrichtungen verloren zu gehen. Beiträge von Christine Fischer-Defoy, Gerhard Schoenberger und Dietfried Krause-Vilmar zeigen die Probleme eines solchen Projektes auf. Im Unterschied zu diesen Zentralisierungstendenzen wird sich der Verein Aktives Museum weiterhin engagiert für eine Vielfalt der Erinnerungsorte und eine dezentrale Darstellung von Geschichte im Stadtraum einsetzen.

Von den Baumaßnahmen auf dem Gestapo-Gelände kann leider nichts ungewöhnlich Neues gemeldet werden. Natürlich erwiesen sich die Abrisskosten für Zumthors Fundamente und Treppentürme wieder einmal viel teurer als von der Bauverwaltung berechnet. Der Auf- und Abbau dieses misslungenen Berliner Projekts schlug insgesamt mit 17 Millionen Euro zu Buche. Von den ursprünglich für das Dokumentationszentrum der *Topographie des Terrors* zur Verfügung gestellten Mittel bleiben jetzt nur noch 21 Millionen Euro übrig. Sie sollen für einen Neubau ausreichen. Erst vor kurzem begann ein neuer Architekturwettbewerb zur Schaffung eines dauerhaften Dokumentationszentrums *Topographie des Terrors*.

Im Anschluss an unsere Diskussionsveranstaltung zu den Geschichtsdenkmälern der DDR am 9. September 2004 stellt Claus-Dieter Sprink die Entstehungsgeschichte des Denkmals für die Opfer der Köpenicker Blutwoche und die Biografie seines Künstlers Walter Sutkowski detailliert vor. Vor dem Hintergrund der künstlerischen Biografie Sutkowskis erfährt die seit Jahren diskutierte Symbolsprache des Köpenicker Monuments ihren Bezug zu den frühen Ansätzen des öffentlichen Gedenkens der ersten Nachkriegsjahre.

Mit einem Rückgriff auf die Berliner Debatte um Straßennamen in den 1990er Jahren erinnern wir an unseren langjährigen Mitstreiter Frank Dingel, der erst vor wenigen Tagen viel zu früh von uns gegangen ist.

Schließlich lädt unser Rundbrief alle seine Leserinnen und Leser schon jetzt zur Eröffnung der nächsten großen Ausstellung des Aktiven Museums ein:

Am Freitag, den 30. September 2005 um 11 Uhr eröffnen wir im Berliner Rathaus zusammen mit dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit und dem Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses Walter Momper die Ausstellung "Vor die Tür gesetzt – Verfolgte Stadtverordnete und Magistratsangehörige". Über einen regen Besuch der Eröffnung und unserer Ausstellung würden wir uns sehr freuen.

Vom Wert authentischer Orte – wie lernt man wo was über den Nationalsozialismus? (Frankfurter Allgemeine Zeitung ???)

In einer überraschenden Volte haben Ulrich Herbert und Norbert Frei ihre Einladung zum Colloquium über die Zukunft der Berliner NS-Gedenkstätten dazu genutzt, alles Bestehende in Bausch und Bogen als provinziell vermufft und wissenschaftlich unhaltbar zu degradieren. Ulrich Herbert hat dies in einer Stellungnahme für die FAZ in diesen Tagen erneut bekräftigt. Gefordert wird der Neubeginn mit einer Zentraleinrichtung, in der endgültige Grundaussagen über die "Konsensdiktatur" des Nationalsozialismus auf dem Niveau neuester Forschungserkenntnisse getroffen werden. Zu diesem Zwecke solle der künftige Direktor der zusammengeschlossenen und zum Zentralinstitut erweiterten Gedenkstätten nicht nur mit voller Stelle, sondern auch mit einem angegliederten Forschungsinstitut ausgestattet werden. Zwei Bewerber für den Direktorenposten haben damit unübersehbar ihren Hut in den Ring geworfen und ihre Berufsbedingungen formuliert. Das ist nicht überraschend, wenn man weiß, das Ulrich Herbert schon lange als der Favorit des zurückgetretenen Reinhard Rürup für seine Nachfolge als wissenschaftlicher Direktor der Stiftung Topographie des Terrors ausersehen ist. Erschreckend mag es anmuten, daß diese Stellungnahme nun zugleich mit einem Vatemord daherkam, und man ist geneigt zu sagen: Das hat Reinhard Rürup nicht verdient.

Schon Rürup hatte sich in den ersten Konzeptionen für die Gründung der Topographie des Terrors ein angegliedertes wissenschaftliches Forschungsinstitut auf dem Gelände gewünscht – das mangels Geld und ohne Haus bis heute nicht realisiert werden konnte. Daß – so der zweite Vorwurf – die jetzige Dauerausstellung nicht auf dem Niveau neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse ist - wen wundert's, wenn diese Ausstellung seit mindestens zehn Jahren durch eine Neue ersetzt sein sollte, mit der das neue Gebäude in Betrieb genommen worden wäre. Dies nun als Verschlafenheit der Stiftung darzustellen, ist unredlich. Vorgeworfen wird der Stiftung zum Dritten, sie habe wichtige Opfergruppen ausgespart oder übersehen, so zum Beispiel die Zivilbevölkerung in den besetzten Ländern. Nun ist dies, wie wir immer betonen, in erster Linie ein "Ort der Täter", gleichwohl wurden gerade auch diese Opfergruppen thematisiert: Wer die Wechselausstellungen der Stiftung in Berlin zur Kenntnis genommen hat, wird sich an die Ausstellung "Der Krieg gegen die Sowjetunion" erinnern, in der dieser Frage exemplarisch nachgegangen wurde. Auch die Frage der "Konsensdiktatur" stand im Mittelpunkt einer Wechselausstellung, die sich mit den Olympischen Spielen von 1936 befaßte.

Der Kern der erhobenen Vorwürfe gilt jedoch der Existenzberechtigung der authentischen Orte. Diese Gedenkstätten seien aus heutiger wissenschaftlicher Sicht allenfalls dankenswerte Pflänzchen am mühevollen Weg, mit dem in der Bundesrepublik in den 1980er Jahren die NS-Geschichte ins öffentliche Bewußtsein gerückt wurde. Den initiiierenden Bürgerinitiativen wird mit dem Dank zugleich nahegelegt, nun doch endlich zu erkennen, daß ihre Zeit abgelaufen ist, dies sei, so hieß es in der Tagung, ein Problem der Generation der heute 50-Jährigen, die nun einer jungen Historikergeneration Platz machen sollten. "Geschichte zum Anfassen" soll durch Verwissenschaftlichung und Professionalisierung ersetzt werden, dezentrale authentische Orte durch ein Zentralmuseum in den Dimensionen von Yad Vashem oder dem Holocaust-Museum (USHMM) in Washington. Gerade beim Vergleich mit Letzterem wird die Absurdität deutlich: mühsam hat das USHMM versucht, "authentische" Fundstücke zu sammeln oder künstlich nachzubauen, um Geschichte anschaulich zu erzählen. Dies mag in USA nötig sein, in Berlin und an vielen Orten in Deutschland sind diese authentischen Spuren zum Glück noch immer vorhanden. Man muß sie nur zum Sprechen bringen! Dies tut und will die Topographie des Terrors, dies tut die Gedenkstätte Deutscher Widerstand, dies tut die Gedenkstätte im Haus der Wannseekonferenz ebenso wie die vielen KZ-Gedenkstätten in Deutschland. Geschichte wird hier augenscheinlich und mit der Hand zu begreifen, und dies wird gerade in Zeiten um so wichtiger, in denen es kaum noch Zeitzeugen gibt. Diese authentischen Orte sind um so stärker wirksam, je spezifischer sie die jeweilige Geschichte ihres Ortes erzählen, Denn die Besucher kommen gerade deswegen in das Haus der Wannseekonferenz, um an diesem idyllischen Ort der Entscheidung über den Massenmord an den europäischen Juden nachzuspüren, sie gehen

in die Stauffenbergstraße, um im Hof der Erschießung der Männer des 20. Juli 1944 die Möglichkeiten und Grenzen des Widerstehens zu reflektieren und sie besuchen das Gestapo-Gelände, um hier zu erfahren, wieso aus biederem Nachbarn Schreibtischtäter wurden. Diese Gedenkstätten würden in dem Maße an Besucherinteresse verlieren, in dem sie versuchten, eine Gesamtaussage über den Nationalsozialismus zu liefern.

Wie könnte und sollte eine solche Gesamtdarstellung "auf höchstem wissenschaftlichen Niveau" aussehen, die zugleich vom Durchschnittspublikum angenommen und verstanden würde? Das Deutsche Historische Museum wird, wie auf dem Colloquium verkündet wurde, eine solche Gesamtdarstellung auf 1600 Quadratmetern Ausstellungsfläche versuchen. Eingedenk der Tatsache, daß der durchschnittliche Ausstellungsbesucher nicht mehr als ein bis maximal zwei Stunden Zeit mitbringen wird, stellt sich die Frage, ob er dort über den Nationalsozialismus etwas lernen kann, was über das heute in der Schule Vermittelte hinausgeht. Mich schreckt die Idee, eine umfassende und allgemeingültige Gesamtaussage über die Entstehung, den Verlauf, die Wirkungsmechanismen und die Folgen des Nationalsozialismus nicht nur in Deutschland, sondern auch in den besetzten Gebieten, treffen zu wollen, die zugleich in eineinhalb Stunden rezipierbar ist. Das wird, bei allem Ruf nach wissenschaftlicher Professionalisierung schließlich eine Readers-Digest-Fassung der deutschen NS-Geschichte.

Und ein letztes Wort an alle Befürworter der Bundesträgerschaft für dieses geplante Zentralmuseum: als der Bund seinerzeit die Gedenkstätte Deutscher Widerstand übernehmen wollte, hat sich das Haus vehement und erfolgreich dagegen gewehrt, denn der Bundeskanzler hieß Kohl, und sein Innenminister Kanther wollte mit der Übernahme die Geschichte der kommunistischen Widerstandskämpfer wieder aus der Ausstellung streichen. Was, wenn statt der begrüßenswerten hanseatischen Liberalität in der jetzigen Bundeskulturpolitik über kurz oder lang bajuwarischer Konservatismus herrscht? Der Vorteil, dann nach Bundestarif bezahlt zu werden, sollte demgegenüber keine Rolle spielen.

Christine Fischer-Defoy
Vorsitzende des Vereins Aktives Museum
Mitglied des Stiftungsrates der Topographie des Terrors

Das große Schattenboxen

Viel Aufregung, wenig Analyse

In der Debatte über Berlins NS-Gedenkstätten wird hoch gepokert und platt polemisiert
(Freitag 1.4.2005)

Etwas Merkwürdiges ist geschehen: die Berliner NS-Gedenkstätten, bis gestern im In- und Ausland hoch geschätzt und ob ihrer erfolgreichen Arbeit allgemein gelobt, sehen sich massiven Vorwürfen ausgesetzt. Die Pauschalurteile, auf unterschiedlichem Niveau vorgetragen von den Historikern Ulrich Herbert in der *FAZ* und Götz Aly in der *Süddeutschen Zeitung*, werden inzwischen auch von Korrespondenten großer Zeitungen als erwiesene Tatsachen referiert.

Unfreiwillig ausgelöst wurde diese Debatte durch den Vorschlag der Staatsministerin für Kultur, vier der Berliner Einrichtungen künftig in einer Bundesstiftung zusammenzufassen. Nun besteht kein Grund, nur entlang bestimmter Vorgaben zu diskutieren und lediglich Modifikationen im Detail anzuregen. Natürlich muss auch die Frage erlaubt sein, ob eine solche Stiftung überhaupt nötig ist, und welche Vorteile sie bringen soll und kann. Ebenso darf man den Anlass benutzen, die bisher geleistete Arbeit der Gedenkorte kritisch zu evaluieren und womöglich Gegenentwürfe zu entwickeln. Ein erster Schritt dazu wäre eine nüchterne Analyse der Ausgangslage. Leider

muss man konstatieren, dass schon die Beschreibung des sogenannten Ist-Zustandes in beiden Fällen die Sachverhalte verändert, bis sie als Argument für die eigenen Thesen taugen.

Preisgekrönte Ausstellungen sämtlich Schrott?

Statt sich auf die Berliner Situation einzulassen, beschreibt Ulrich Herbert in zwei langen Absätzen die Bemühungen der westdeutschen Bürgerinitiativen, verschüttete lokale Spuren der NS-Herrschaft aufzudecken und deren Geschichte in die eigene Stadt zurückzubringen. Er nennt sie "gut gemeint, aber ... amateurhaft", die entstandenen Ausstellungen "überwiegend wissenschaftlich und museumsdidaktisch nicht mehr auf dem neuesten Stand", um sofort hinzuzufügen, das gelte auch für die Berliner NS-Gedenkstätten.

Der authentische Ort als Ausgangspunkt habe zweitens eine regionale oder ortsbezogene Perspektive und damit drittens eine Focussierung auf die in Deutschland Verfolgten und Ermordeten zur Folge gehabt, die weniger als fünf Prozent der Opfer ausmachten. Auch hier fügt Herbert hinzu: "Auf spezifische Weise gilt das auch für die Berliner Situation".

Nun stehen zwar am Anfang der Entwicklung auch in Berlin Bürgerinitiativen, ohne die es vermutlich weder das "Haus der Wannsee-Konferenz" noch die "Topographie des Terror" auf dem ehemaligen Gelände des Reichssicherheitshauptamtes gäbe. Aber damit endet auch schon die Analogie. Dank der Umsicht des Berliner Senats wurde an all diesen Orten von Anfang an professionell gearbeitet. Auch von einer nur lokalen Perspektive und einer Vernachlässigung der Opfer außerhalb der deutschen Grenzen kann keine Rede sein.

Natürlich lassen sich, ist eine Einrichtung einmal aus dem Nichts aufgebaut, am Ende immer noch Defizite und Detailfehler finden oder Verbesserungen aufgrund inzwischen zugänglicher Quellen vorschlagen. Aber so zu tun, als habe hier bisher ein sympathischer Zirkel von wohlmeinenden Amateuren agiert, denen man die Arbeit nun endlich aus der Hand nehmen müsse, um sie zu professionalisieren, ist schon ein starkes Stück. Die als Leiter der Gedenkstätten verantwortlichen Historiker, ihre wissenschaftlichen Mitarbeiter und die namhaften Ausstellungsarchitekten - alle zusammen nur eine verdienstvolle Laientruppe, ihre international anerkannten, im Ausland eingeladenen beziehungsweise preisgekrönten Ausstellungen sämtlich Schrott? Vor einem dreiviertel Jahr, als Ulrich Herbert in einer Laudatio zur Verabschiedung seines Kollegen Reinhard Rürup dessen Verdienste um die "Topographie" schilderte, klang das noch ganz anders.

Dass die seit dem Staatsakt der Grundsteinlegung am 8. Mai 1995 ständige Verzögerung des Neubaus die "Topographie des Terrors" in ihren Aktivitäten blockiert hat, wird niemand bestreiten. Aber dass eine revidierte und erweiterte Dauerausstellung die jetzige ablösen sollte, war stets unstrittig, ein Konzept lag vor. Das kann auch Ulrich Herbert, der seit einem Jahrzehnt Mitglied des internationalen Beirats ist, nicht unbekannt sein.

Ein Musterbeispiel, wie beliebig Behauptungen aufgestellt werden, ist das "Haus der Wannsee-Konferenz", dessen Ausstellung man - je nach Ideologie oder Interesse - abwechselnd die Ausblendung der Täter, dann wieder das Fehlen der Opfer nachgesagt hat. Ulrich Herbert geht noch einen Schritt weiter und behauptet, die Ausstellung präsentiere nur "die Entscheidungsbildung der NS-Spitze bis zum Beginn des Massenmords", obwohl sie bekanntlich die gesamte Verfolgungsgeschichte von 1933 bis 1945 dokumentiert.

Erstaunlich auch, wie Herbert die neuen großen "Holocaust"-Ausstellungen in einigen europäischen Hauptstädten "oder gar in Washington" (!) als Maßstab setzende Gegenbeispiele zu Berlin anführt. Ohne Zweifel verfügt man dort über üppigere Budgets, größere Räume und reiche Sammlungen. (Im Urteil von ausländischen Fachleuten schnitten die Berliner mit ihren nüchternen, zu Konzentration und Stringenz gezwungenen Darstellungen gleichwohl stets gut ab.) Die Be-

hauptung, die ausländischen Ausstellungen bewegten sich wissenschaftlich und museumsdidaktisch auf der Höhe der Zeit, hält hingegen einer ernsthaften Überprüfung nicht stand.

Von Dimitroff und Thälmann bis zu Harro Schulze-Boysen

Im Niveau drei Etagen tiefer argumentiert Götz Aly in der *Süddeutschen Zeitung*. Unter dem Titel *Hochdotierte Verwahrlosung* beklagt er "Das Elend der Berliner NS-Gedenkstätten". Bleibt Herbert im Ton jovial, so spricht aus dieser Polemik eine kalte Wut, deren Ursache sich nur ahnen lässt. Die Berliner Ausstellungen nennt Aly sämtlich: peinlich, missproportioniert, unübersichtlich und in den Aussagen verschwommen, schwer genießbar, geschichtsfeige. Sie ließen alle zentralen Fragen unbeantwortet und betrieben objektiv Gegenaufklärung.

Auffällig ist die Diskrepanz zwischen diesem Generalverdikt und den vergleichsweise peripheren Beispielen, die sich fast ausnahmslos auf den Katalog der "Topographie" beziehen, dem er ein "anspruchloses Komsomolzen-Layout" bescheinigt, was immer das heißen mag. Wo er von der Ausstellung spricht, greift er gleich zweimal daneben. Sein Spott über die Ausführlichkeit der Ortsgeschichte vergisst die Entstehung der "Topographie" als Annex der Ausstellung zum 750-jährigen Bestehen der Stadt Berlin. Seine Kritik am "Übermaß" der deutschen NS-Opfer übersieht, dass es sich - von Dimitroff und Thälmann bis zu den Mitgliedern der Harnack/Schulze-Boysen-Gruppe und den Verschwörern des 20. Juli - um Insassen des Hausgefängnisses der Gestapo handelt. Auf solche lokalen Bezüge zu verzichten hieße, die Wirkung der Authentizität des Ortes auf den Besucher zu verschenken. Der Charakter von Himmlers Hauptquartier als Gehirn und Organisationszentrale des Verbrechens für ganz Europa verhindert im Übrigen zuverlässig jedes Steckenbleiben im Lokalen.

Beide Kritiker verkennen völlig, was eine dokumentarische Ausstellung leisten kann und soll. Ohne praktische Erfahrung in der Profession, unterschätzen sie, welchen Problemen sich gegenüber sieht, wer historische Vorgänge mit den spezifischen Mitteln dieses Mediums visuell darstellen will. Natürlich darf die Dokumentation nicht im Widerspruch zum Stand der wissenschaftlichen Forschung stehen. Aber es wäre ein Irrtum zu glauben, dass sie jedes ihrer Ergebnisse widerspiegeln könnte. Wo es nur darum gehen kann, Grundlinien einer Entwicklung so nachzuzeichnen, dass Interesse und Aufnahmevermögen des Durchschnittsbesuchers nicht überanstrengt werden, bleiben viele Aspekte, die den Historiker interessieren müssen, gänzlich irrelevant. Eine Ausstellung ist nun einmal keine fachwissenschaftliche Studie und kann deren Lektüre niemals ersetzen. Sie kann den Besucher jedoch zu weiteren Fragen anregen und in der Hausbibliothek wie in begleitenden Seminaren Antworten anbieten.

Eine "Verwissenschaftlichung" der Ausstellungen, die sich vornimmt, zum Beispiel die komplexen administrativen Strukturen der Mordmaschinerie abzubilden, die der Besucher sich weder merken kann noch muss, oder mit dem Metermaß die vorhandene Fläche je nach Zahl der Opfer zwischen den einzelnen Ländern aufzuteilen, wäre dagegen der sichere Tod des ganzen Unternehmens.

Ich bezweifle auch, dass eine zentrale Gesamtdarstellung der Geschichte der Verfolgungs- und Vernichtungspolitik (Herbert), geschweige denn des NS-Regimes insgesamt (Aly) überhaupt möglich ist, die nicht alle Dimensionen sprengt und gleichwohl immer noch kursorisch bleibt. Der einzig denkbare Platz dafür wäre das Deutsche Historische Museum, das mit den dafür vorgesehenen 1.600 Quadratmetern jeden Besucher physisch überfordern wird. Die übrigen Berliner Einrichtungen, unter einem organisatorischen Dach integriert oder nicht, können dazu nur "Vertiefungsräume" sein, wie die Ausstellungsmacher das nennen. Thematisch gehörten dazu allerdings noch die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht und die von der "Topographie" erarbeitete Ausstellung "Der Krieg gegen die Sowjetunion", die bisher nicht als Dauereinrichtungen zur Verfügung stehen.

Wenn Aly von Verwahrlosung spricht, so beschreibt er damit zutreffend das intellektuelle und moralische Niveau, auf das eine notwendige Debatte unter seiner Mitwirkung herabgekommen ist. Sollte es sich bei den beiden Artikeln um verdeckte Bewerbungsschreiben ihrer Autoren handeln, so hätten sie sich - der eine, weil er zu hoch gepokert, der andere, weil er zu platt polemisiert hat, und beide, weil sie ihre Pauschalaussagen nicht hinreichend begründen können - selbst aus dem Rennen katapultiert.

Gerhard Schoenberner

ist Autor zeitgeschichtlicher Bücher und Ausstellungen, war – zusammen mit Professor Wolfgang Scheffler – wissenschaftlicher Berater der "Topographie" und Gründungsdirektor der Gedenkstätte "Haus der Wannsee-Konferenz", Gründungsvorsitzender des Vereins Aktives Museum und heute dessen Ehrenmitglied

Stellungnahme zum Eckpunktepapier

"Bilanz und Perspektiven der NS-Gedenkstätten in Berlin" (Stand 18.04.2005)

der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien beim Bundeskanzler (BKM)

von Dietfrid Krause-Vilmar

1.

Das Modell des Stiftungsrates und Vorstandes einer Stiftung "Dokumentation der NS-Verbrechen" zielt nach meinem Verständnis auf einen großen Einschnitt in den seit mehr als zwanzigjährigen Prozess der Herausbildung der Berliner Erinnerungsorte und Gedenkstätten mit weitreichenden strukturell-organisatorischen und inhaltlichen Konsequenzen. Die Überlegungen, die zu diesem Vorschlag führten, sind nachvollziehbar; ich begrüße es ausdrücklich, dass die Bundesregierung noch stärker als bislang bereits in die Verantwortung für die Berliner Gedenkstätten eintreten will. Um allerdings mein Statement gleich deutlich zu machen: Ich halte den Vorschlag für nicht deutlich genug begründet. Die vorgeschlagenen Maßnahmen beurteile ich eher skeptisch. Darüber hinaus habe ich einige Fragen zu dem Eckdatenpapier. Ich möchte Ihnen dies im folgenden knapp erläutern.

2.

Ein so weit reichender organisatorischer Eingriff in eine bewährte Struktur in den komplexen Feldern von Bildung, Geschichte, nationaler Identität (um einige Stichworte zu nennen), wie ihn das Eckpunktepapier darstellt, bedarf einer soliden Begründung, die ich im Vorschlag der BKM jedoch nicht erkennen kann. Das einzig für mich erkennbare Motiv, nämlich organisatorisch zu vereinheitlichen, was irgendwie miteinander zusammenhängt, um dadurch synergetische Effekte zu erzeugen, kann für einen solchen gravierenden Einschnitt nicht ausreichen. Der Satz, dass es "auf der Hand" läge, "sinnvoll" sei, "diese vier Orte stärker als bisher als Bezugspunkt einer arbeitsteilig entstandenen Gesamtdarstellung zu begreifen und in einer gemeinsamen Trägerstruktur verantwortlich zu betreuen" (Eckpunktepapier, S. 3) ist für Ordnungsdenken "von oben" charakteristisch. (Abgesehen vom sprachlichen Missklang des "Betreuens" und der substantiellen Verengung der Gedenkstättenarbeit auf eine "Gesamtdarstellung" – hierauf komme ich später zu sprechen). Ich möchte daher fragen, ob es andere – im Eckpunktepapier vielleicht noch nicht genannte – Gründe, Anlässe oder Motive für diese weitreichenden Maßnahmen gibt. Die massive Kritik von Götz Aly und Ulrich Herbert an der Arbeit der Berliner Gedenkstätten hat sich die BKM offensichtlich nicht zu eigen gemacht. ("International gelten die Gedenkstätten in Deutschland als beispielhaft, ihr wissenschaftliches und didaktisches Niveau ist weithin anerkannt". – Eckpunktepapier, S. 1). In der Presse las ich, dass Senator Thomas Flierl "Sympathie für die Vorschläge von Herbert und Frei und die Kritik von Aly durchblicken" ließ (FAZ Nr. 51 vom 2.3.2005). Wenn dies richtig wiedergegeben sein sollte, dann würde das Eckpunktepapier neu zu lesen sein.

3.

Die vorgeschlagene Organisationsform bedeutet den unmittelbaren Zugriff von Regierungen und politischen Parteien auf die Inhalte, Arbeitsverträge und Strukturen der Berliner Gedenkstätten. Das kann gut gehen. Es kann jedoch auch faktisch ihre Autonomie einschränken und den in der Regel bedeutsamen Prozess der Entstehung der jeweiligen Gedenkstätte, der selbst Teil der Bildungsarbeit war und ist, zugunsten einer politischen Kontrolle beenden. Jede Direktorialverfassung tendiert faktisch zum Rückgang der Stärkung der Initiativen von unten zugunsten der Etablierung einer Anweisungs- und Weisungsstruktur. Meine Frage lautet: Können die vier Gedenkstätten unter diesen Bedingungen ihr eigenes Profil behaupten und entwickeln? Wie genau sehen die Spielräume hierfür aus? Dies gilt in erster Linie für die Inhalte und die Arbeitsformen in den Gedenkstätten. Jeder weiß, dass z.B. auch Personal- und Haushaltsentscheidungen, die hier unter politischem Vorbehalt stehen sollen, mit Inhaltsfragen engstens verbunden sind.

Ich will die Gefährdungen, die ich sehe, an wenigen Beispielen verdeutlichen:

Wenn es Aufgabe der Gesamtstiftung werden sollte, über die "Koordinierung der Arbeitsteilung zwischen den Einrichtungen" zu entscheiden – was bedeutet dies konkret? Kann der Vorstand oder der Präsident bestimmte Forschungsaufgaben, Ausstellungsprojekte oder Publikationen dieser Einrichtung genehmigen und jener untersagen?

Wenn es Aufgabe der Gesamtstiftung werden sollte, die "Weiterentwicklung der Gedenkstättenpädagogik und der Ausstellungsgestaltung" voranzutreiben, d.h. hier auch Entscheidungen zu treffen – was bedeutet das? Kann sich hier am Ende ein harmonisiertes Verständnis (mit Leitfaden) von Bildung platzieren?

Oder: wenn die "Öffentlichkeitsarbeit" künftig vom Präsidenten oder vom Vorstand übernommen wird – inwieweit können eigene Presseerklärungen einzelner Einrichtungen stattfinden? Ich male hier nicht schwarz, sondern weise auf ungeklärte Dimensionen des Eckpunktepapiers hin.

Schließlich: Wenn auch die "Koordinierung der Bibliotheken" dem Stiftungsrat übereignet wird, mein Gott, was ist da schon überall bei Zentralisierungen von Bibliotheken für ein Unsinn produziert worden! Bei den Bibliotheken ist sehr praxisnah, vorsichtig, behutsam und kollegial zu verfahren, um die Verhältnisse wirklich zu verbessern .

4.

Das Eckdatenpapier der BKM (1) enthält eine Ambivalenz, die erklärend aufgelöst werden sollte. Einerseits wird ganz unmissverständlich die Eigenständigkeit der je einzelnen Einrichtungen betont, die aus bürgerschaftlichem Engagement erwachsen ist. (2) Und folgerichtig heißt es: "Aufgabe der Politik kann nur sein, für möglichst günstige Rahmenbedingungen zu sorgen, in der sich die kulturellen Aktivitäten in ihrer Vielfalt und Unabgängigkeit entfalten können". Andererseits zielt man auf die Integration der vier "Einrichtungen" in eine "Gesamtstiftung", als deren "komplementäre Teile" sie fortan begriffen werden sollen. Die Rede ist auch von einer "Gesamtdarstellung" – für mich in diesem Zusammenhang ein fragwürdiger Begriff. So vernünftig hier Kooperation und "Arbeitsteilung" auch sein kann, so ist doch die Idee einiger Historiker (sie findet sich, wie gesagt, nicht im Eckdatenpapier), zu einer die Berliner Gedenkstätten integrierenden "Gesamtaussage über das Regime, seine Unterstützung, seine Opfer und seine Verbrechen" zu kommen (FAZ Nr. 51 vom 2.3.2005) mit der vorgeschlagenen Organisationsstruktur gut vereinbar, ja letztere stellte geradezu eine ideale Voraussetzung hierfür dar – auch wenn Herbert und Frei das Eckpunktepapier scharf kritisieren. Von daher hat man sich auch mit dieser Historiker-Idee auseinander zu setzen. Sie ist unrealistisch, da viele benachbarte Wissenschaftsdisziplinen hier einzubeziehen sind (E. Canetti), nur Annäherungen und Zugänge sind möglich! Vor allem aber kann sie nicht Aufgabe der Gedenkstätten sein, die an das NS-Unrecht erinnern. Schließlich ist sie vermessen, da eine solche Dokumentation bis heute nicht einmal von Seiten der (deutschen) Historiker geleistet ist. Und sie bedeutet aufgrund der "zentralen" Bedeutung eine Bedrohung der wissenschaftlich immer pluralen Freiheit der Urteilsbildung. Last but not least stellt sie eine pauschale und ungerechtfertigte Herabsetzung der bisher von den Gedenkstätten geleisteten Dokumentations- und Erinnerungsarbeit dar. "Gesamtdarstellung" und "Gesamtaussage" – dies zum Leitbegriff zu erheben, geht am Kern der Gedenkstättenaufgaben vorbei, weil

es sich um genuin pädagogische Einrichtungen, und nicht um wissenschaftliche historische Forschungsinstitute handelt..

5.

Zusammenfassend würde ich meine Skepsis so formulieren: Das Modell verstärkt die bürokratischen (weil vereinheitlichenden) Verkehrsformen durch die neuen Gremien; [Frage: Wie gelangen die Direktoren in ihr Amt? Werden Sie gewählt, ernannt? Gibt es Möglichkeiten der Mitbestimmung seitens der Mitarbeiter?], stellt die problematischen Voraussetzungen für eine "zentrale" nationale Deutung des Nationalsozialismus dar; [Frage: Welches sollen die Aufgaben des Präsidenten sein? Im Grunde reicht ein kaufmännischer Direktor], hat einen negativen Modellcharakter für die zahlreichen Gedenkstätten und Erinnerungsorte in den Bundesländern und schlägt ein unklares und problematisches Finanzierungsmodell vor [Frage: Was bedeutet "kompensatorischer Austausch von Finanzströmen (im Sinne der Entflechtung)?", das keinesfalls zu Lasten der Projektfinanzierung für kleinere und mittlere Gedenkstätten führen darf [Frage: Ist dies mit den Worten "zu Lasten der derzeit veranschlagten Projektmittel" gemeint?]

6.

Abschließend erlaube ich mir, die Grundaufgaben der Gedenkstätten zum nationalsozialistischen Unrechtsstaat in meiner Sicht knapp zu umreißen: Soweit sie "von unten" entstandene lebendige Initiativen, Ergebnisse einer Bürgerinitiative sind, die der Thematisierung und Dokumentation dienen, sollen sie wie Kleinode geachtet und erhalten werden, da sie die Authentizität des Ortes mit der Glaubwürdigkeit der Bemühungen um Aufklärung und Bildung zu verbinden suchen. Historikern ohne nähere Kenntnis dieser Orte und ohne eigene Praxis in diesen empfehle ich hier etwas mehr Zurückhaltung. Gedenkstätten sind nicht zu vereinnahmende, nicht glatt zu bürstende Silberstücke nationaler Geschichtskultur, die im Hochglanz von Professionalität erste Ränge einnehmen, sondern widersprechende, schwierige Orte, die schmerzen und weh tun, Orte des Protestes, der Empathie, der Meditation, Ausgrenzung und Menschenverachtung und wie damit heute und morgen umgehen, wird doch gefragt. Sie dürfen weder mit klassischen Museen noch mit wissenschaftlichen Instituten verwechselt werden. Sie bilden auch nicht eine aufgeschlagene historische Fachmonographie ab. Gedenkstätten haben die Aufgaben der Hin- und Herführung, der Anregung, der Meditation und Reflexion zu dem schwierigen Thema Nationalsozialismus. An diesen Orten muss immer Raum für neue Versuche, für Infragestellung, für Gespräche sein. Das Verhältnis der Gedenkstätten zum Staat und dasjenige des Staates zu den Gedenkstätten kann nur eines der gegenseitigen Achtung sein – mit großen Freiheit- und Gestaltungsräumen. Was Herbert neu zu schaffen sucht, eine "öffentliche Präsentation deutscher Geschichte 1933-1945" – wird im Deutschen Historischen Museum ab dem nächsten Jahr zu sehen sein. Längst aber existiert etwas anderes, das mehr als eine bloße "Präsentation" ist, in Berlin und an vielen Orten der Republik: eine Thematisierung und tätige Auseinandersetzung bzw. Bearbeitung, nicht zuletzt auch vieler junger Menschen, mit den Hypotheken und Hinterlassenschaften der deutschen Geschichte. Diese wertvolle Bildungspraxis gilt es zu erhalten und weiter zu entwickeln.

Anmerkungen:

(1) Der inhaltliche Zusammenhang mit den einschlägigen Äußerungen bekannter Historiker (Herbert, Frei, Aly) vom März dieses Jahres ist auffallend. In der Berliner Regierung sind diese Äußerungen z.T. auf Sympathie gestoßen. Sie machen den Vorschlag "einer wissenschaftlichen, museumsdidaktischen sowie organisatorischen zentralen Dokumentation der Geschichte der NS-Verbrechen in der deutschen Hauptstadt" (U. Herbert: in: FAZ, 4.3.05), einer "Gesamtaussage" zum NS, die endlich historisch "professionellen", Kriterien entsprechen soll.

(2) "Alle diese Institutionen [...] haben ihre eigene Geschichte ihren eigenen Diskussionszusammenhang, ihre eigenen Förderkreise. Sie sind nicht das Ergebnis eines planerischen Gesamtkonzeptes, sondern eher einer unsystematisch gewachsenen Vielfalt, die wesentliche Impulse von Bürgerinitiativen erhielt und deshalb die besondere Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements für die Entstehung einer Gedenkkultur deutlich macht. Insgesamt spiegelt sich in dieser Entwicklung ein wesentlich pluralistisches Geschichtsverständnis wider."

**Presseerklärung
der Arbeitsgemeinschaft der Vertretungen politisch, rassistisch und religiös Verfolgter zum
60. Jahrestag der Befreiung am 8. Mai 2005**

Angesichts der vielen Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Befreiung am 8. Mai 2005 betrachtet es die Arbeitsgemeinschaft der Vertretungen politisch, rassistisch und religiös Verfolgter auch als ihre Pflicht auf folgende Umstände hinzuweisen:

- Noch immer leiden überlebende ehemals Verfolgte an den Folgen des nationalsozialistischen Terrorregimes oder werden sogar erst jetzt im Alter mit Spätfolgen konfrontiert. Unter ihnen sind auch solche, die in der Bundesrepublik Deutschland als Verfolgte nicht offiziell anerkannt oder entschädigt worden sind. Diese Ungerechtigkeit ist auch Folge der Bemühungen der Gesetzgebung, unter anderem durch Stichtagsregelungen Antragsmöglichkeiten zu beenden, allein um Klarheit über die noch entstehenden Kosten der so genannten Wiedergutmachung zu erlangen. Die durch diese Regelung entstandenen Härten werden nur in Einzelfällen durch Stiftungen oder Härtefonds des Bundes und einiger Bundesländer aufgefangen. Die Organisationen, die ehemals NS-Verfolgte vertreten, sind gezwungen, dieses "Zweiklassensystem" zu akzeptieren, um diesen Überlebenden überhaupt mit finanziellen Zuwendungen helfen zu können, sofern deren Einkünfte nur wenig über den Sozialhilfesätzen liegen. Viel wichtiger als diese finanzielle Zuwendung ist vielen Betroffenen aber die offizielle Anerkennung als NS-Verfolgte durch die Bundesrepublik Deutschland. Hier ist eine Politik gefordert, die nicht nur an den entsprechenden Gedenktagen mit Reden beeindruckt, sondern die Verantwortung für die Vergangenheit auch den einzelnen wenigen noch Betroffenen gegenüber direkt bekennt.
- Noch immer wird eine ehrliche Aufarbeitung der deutschen Geschichte gescheut. Statt historische Erinnerungsorte wie die Topographie des Terrors zu fördern, die sich mit dem System des Nationalsozialismus und der Organisation des Terrors, also den Mechanismen des Entstehens der Verfolgung und der Faszination der nationalsozialistischen Ideologie auseinandersetzen, werden repräsentative Mahnmale wie die des gigantischen "Denkmals für die ermordeten Juden Europas" errichtet, deren Botschaft bequemer ist, da sie nur ein allgemeines Mitgefühl mit den Opfern zeigt. Angesichts der Tatsache, dass noch immer nicht alle lebenden NS-Verfolgte anerkannt sind und dass wir für jene, die eine solche Anerkennung erhalten seit Jahren jede Rentenanpassung anmahnen und Cent für Cent erkämpfen müssen, bleibt im Schatten des Mahnmals ein bitterer Beigeschmack.

Die Arbeitsgemeinschaft der Vertretungen politisch, rassistisch und religiös Verfolgter fordert die Verantwortlichen auf, die eigene Geschichte nicht nur auf dem Papier, in öffentlichen Reden und großartigen Bauwerken anzuerkennen. Es kann auch keine Lösung sein, jetzt ehemalige NSDAP-Mitglieder pauschal zu verurteilen. Es ist wichtig, die Einzelfälle zu betrachten und verantwortungsvolles Handeln anzuerkennen. Eine Aufarbeitung der deutschen **Tätergeschichte** ist daher von besonderer Bedeutung für eine wehrhafte Demokratie. Sie kann an den historischen Orten der nationalsozialistischen Machtausübung besonders anschaulich erfolgen und ist genauso wichtig wie das ritualisierte Gedenken an die Opfer, das von vielen nicht direkt Betroffenen missverstanden werden kann und häufig zu einer Art Schlussstrichmentalität Anlaß gibt. Dies haben etwa die Diskussionen um "korrektes Gedenken" in einzelnen Berliner Bezirken Anfang dieses Jahres gezeigt. Es kann daher nicht angehen, dass sich gerade die deutsche Erinnerungskultur darf sich daher nicht auf Informationen über die Opfer beschränken, sondern muß auch die Täter immer wieder mit einbeziehen. Wir wünschen uns, dass jetzt nach 60 Jahren endlich die Aufarbeitung der deutschen Geschichte auch unter Einbeziehung der Geschichte und Motivation der Täter möglich wird. Nur so können wir wirkungsvoll verhindern, dass sich Geschichte wiederholt, und zur Festigung der Demokratie in der Bundesrepublik beitragen. Wir leben in Deutschland seit 60 Jahren im Frieden, haben ein Grundgesetz, das beispielhaft ist, und wir haben eine Demokratie geschaffen, in der jeder das Recht hat, in Freiheit zu leben. Dieses sind Erfolge, auf die wir alle stolz sein können und an die wir an diesen Jahrestagen erinnern dürfen – die ehemals NS-Verfolgten müssen aber auch erinnern an das, was sowohl der Bund als auch die Bundesländer vielen Opfern immer noch schuldig geblieben sind.

"Historische Kommentierung" am Berliner Olympiastadion

Nach langen, konfliktreichen Auseinandersetzungen atmeten Anfang Juni alle Beteiligten auf. Der erste und der zweite Teil der "Historischen Kommentierung", die in die Insolvenz der "Walter Bau-AG" mitgerissen worden war, konnten nun doch realisiert werden; nur der dritte Teil steht noch aus. Der Vorlauf dieses Kommentierungsprojektes wurzelt in Debatten der frühen neunziger Jahre. Viele geschichtsbewusste Bürger, nicht zuletzt Mitglieder des "Aktiven Museums", sowie Verbände und Vereine wie BBK, NGBK und Deutscher Werkbund hatten sich für sein Zustandekommen stark gemacht. Durch das Engagement vieler Einzelner, aber auch durch den politischen Druck, den internationalen Besuchern der Fußballweltmeisterschaft 2006 die erste große Bauanlage der Nationalsozialisten nicht ohne Erläuterungen zu präsentieren, konnte ein Scheitern verhindert werden.

So können nun Fußballfans, Touristen, Architekturpilger und Neugierige sich an Ort und Stelle über die Geschichte der Anlage informieren. Das Angebot besteht aus einem dezentralen Teil von 27 Bild-Text-Tafeln auf dem Stadiongelande und einem zentralen "Ort der Information" im für alle öffentlichen Eingangsbereich des Osttores. Ob wie vorgesehen die dezentrale Kommentierung auf das gesamte ehemalige "Reichssportfeld" ausgeweitet werden kann, ist noch nicht geklärt. Kultursenator Thomas Flierl zeigte sich in einer Presseerklärung vom 1. Juni "optimistisch".

Im folgenden sollen in Kürze der baulich-politische Hintergrund, die Entstehungsgeschichte der "Historischen Kommentierung" und ihre schwierige Arbeits- und Umsetzungsphase beschrieben werden. Das Besondere des Projektes wird deutlich, wenn man es im Vergleich zu anderen Konzepten und zu den wenigen realisierten Beispielen eines aufklärenden Umgangs mit nationalsozialistischer Architektur betrachtet. Kein dramatisch-symbolhafter architektonischer Eingriff wie beim Nürnberger Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände. Keine Gedenktafel, die angesichts der Dimension der Anlage und des Themas kaum wahrnehmbar wäre. Kein "Zeitfenster", mit dem einzelne Spuren exemplarisch bewahrt und demonstriert werden. Stattdessen eine sachlich-distanzierte, alle wesentlichen Stationen und Situationen des historischen Ortes einbeziehende Erläuterung. Sie legt sich wie eine weitere Schicht über die bisherige Bau- und Nutzungsgeschichte, ohne diese jedoch zu überdecken, und macht auch für Laien den Ideologehalt der nationalsozialistischen Formensprache bewusst.

Das "Reichssportfeld" war die erste städtebauliche Großanlage des NS-Staates und die einzige, die in Gänze realisiert wurde. Der Architekt Werner March erbaute sie 1934-36 für die XI. Olympischen Sommerspiele 1936 und folgte dabei eng den planungspolitischen Vorstellungen Hitlers. Sie enthielt bereits alle wesentlichen dramaturgischen Momente der gigantomanischen Planungen der Folgejahre, wie sie sich vor allem beim Nürnberger Reichsparteitagsgelände und bei den Planungen zur Umgestaltung Berlins in die "Welthauptstadt Germania" zeigten: städtebauliche Axialität, pathetische Werksteinverkleidung der modernen Konstruktion, programmatische Ausstattung mit architekturbezogenen Großskulpturen, riesiges Aufmarschfeld für die Massen, Führer-Tribünen, Totenkult-Architektur.

Entlang einer Ost-West-Achse erstrecken sich die Architekturbereiche des "Reichssportfeldes": vom Olympischem Platz als Auftakt über das nach dem Vorbild des Kolosseums errichtete Sportstadion für 100.000 Besucher (an das nördlich das Schwimmstadion und das Sportforum angrenzen), das Maifeld als "Aufmarsch"- und Kundgebungsgelände für 240.000 Akteure und Zuschauer und schließlich der Glockenturm als westlicher Abschluss und Höhepunkt der Achse, mit der Langemarckhalle, die den Toten des Ersten Weltkriegs gewidmet war und das sinnlose Sterben der jugendlichen Freiwilligen zum "Opfer der Jugend" verklärte. Das Sportstadion ist – vom Ideologiekonzept her, aber auch mit seinem kalkulierten axialen Blickbezug durch den Einschnitt des Marathontores – auf Glockenturm und Langemarckhalle hin orientiert; dadurch erhielt die gesamte Anlage den Charakter einer nationalen Weihestätte. Im Skulpturenprogramm kam, unter Beteiligung späterer Protagonisten der NS-Bildhauerei wie Breker und Thorak, das militä-

ristische und rassistische NS-Menschenbild erstmals umfassend zum Ausdruck. Beim weithin gelungenen Versuch, die internationale Öffentlichkeit mit den Olympischen Spielen zu beeindrucken und über den verbrecherischen Charakter des NS-Regimes hinwegzutäuschen, kam der Stadionarchitektur mit ihren Kunstwerken eine wichtige Rolle zu.

All dies ist bis heute erhalten und steht unter Denkmalschutz. Glockenturm und Langemarckhalle, als einzige durch Kriegseinwirkungen teilzerstört, waren 1961-63 von Werner March selbst (der seine Karriere fortsetzen konnte) nach den Plänen von 1934 rekonstruiert worden. Die Britischen Alliierten gaben Sport- und Schwimmstadion 1949 an Berlin zurück und nutzten das Sportforum bis zu ihrem Abzug 1994 als Hauptquartier. Als Anfang der 90er Jahre Berlin sich (vergebens) um die Austragung der Olympischen Spiele 2000 bewarb, kam eine erste öffentliche Debatte über den Umgang mit der Anlage zustande. Bezeichnenderweise konzentrierte sie sich zunächst weniger auf das städtebauliche und bauliche Konzept als auf das martialisch wirkende Skulpturenprogramm. Die Diskussion darüber, ob und in welcher Weise man die internationalen Besucher mit dieser NS-Kunst konfrontieren sollte, mündete in diversen Vorschlägen, den Ideologiegehalt der Skulpturen durch kritische Kommentierung oder künstlerische Verfremdung gewissermaßen zu "entlarven".

Das Scheitern der Olympia-Bewerbung brachte auch diese Bemühungen zum Stillstand. Erst die Modernisierung des Olympiastadions, seine Umwandlung in eine Sportstätte, die – im Blick auf die Entscheidung, hier die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 auszutragen – allen Erfordernissen von Profifußball und zeitgemäßer Stadionarchitektur entsprechen sollte, bot wieder die Chance, die Bauten und Kunstwerke aus der NS-Zeit mit kritisch-reflektierenden Kommentaren zu versehen.

Von 2000 bis 2004 wurde das Stadion nach Plänen der Architekten von Gerkan, Marg und Partner (gmp) denkmalgerecht saniert und modernisiert; es erhielt eine neue Dachkonstruktion und wurde funktional und technisch auf neuesten Stand gebracht. Bei einer Bausumme von 250 Millionen Euro waren dabei 980.000 Euro für Kunst am Bau veranschlagt. Die drei beteiligten Senatsverwaltungen – Stadtentwicklung, Kultur und Sport – einigten sich darauf, diese Mittel nicht für zusätzliche Kunstwerke, sondern für eine wissenschaftliche Kommentierung zu verwenden, wie sie schon lange öffentlich und politisch gefordert wurde.

Für die Baudurchführung beauftragte das Land Berlin die Augsburger Walter Bau-AG. Weil die öffentliche Hand die Investitionskosten nicht voll aufbringen können oder wollen (auch aus baupolitischen Gründen, wegen der bei öffentlichen Berliner Bauvorhaben üblichen Kostenexplosionen) wurde dabei ein komplizierter "Konzessionärsvertrag" geschlossen, der einer aus Walter Bau, Hertha BSC und dem Land bestehenden Betriebsgesellschaft anschließend 13 Jahre lang das Vermarktungsrecht für das modernisierte Stadion überließ. Die vereinbarten Baumaßnahmen beschränkten sich auf das Stadion und sein unmittelbares Umfeld. Schwimmstadion, Maifeld, Glockenturm mit Langemarckhalle sowie das Gelände des Sportforums liegen außerhalb der vertraglich definierten "Konzessionsfläche". Im Vertrag mit der Walter Bau-AG legte das Land Berlin fest, dass – in Abstimmung mit den drei Senatsverwaltungen – auch eine "Historische Kommentierung" erarbeitet werden sollte, die den Besuchern das Stadion als Teil des ehemaligen "Reichssportfeldes", seine besondere Entstehungsgeschichte im Zusammenhang mit den Spielen 1936 und seine in der NS-Ideologie wurzelnden baulichen und künstlerischen Charakteristika erläutert.

Mit dieser Aufgabe beauftragte Walter Bau – auf Wunsch der Kulturverwaltung – das Berliner Forum für Geschichte und Gegenwart e.V., das zuvor schon viele andere Erinnerungsprojekte betreut hatte. Dieses richtete eine Arbeitsgruppe "Historische Kommentierung" ein und stellte einen fünfköpfigen wissenschaftlichen Beirat zusammen, mit Prof. Reinhard Rürup als Vorsitzenden, der als Leiter der Stiftung Topographie des Terrors 1996 eine fundierte Ausstellung zu den Olympischen Spielen 1936 präsentiert hatte. Weitere Beiratsmitglieder waren der Architekturhistoriker Prof. Wolfgang Schäche, der umfassend zum Olympiastadion geforscht und publi-

ziert hatte, der Kunsthistoriker Prof. Hans-Ernst Mittig (den Lesern des Rundbriefs wohlbekannt), der Sporthistoriker Prof. Hans Joachim Teichler und die Architektin Helga Schmidt-Thomsen als Beauftragte des Landesdenkmalrats.

Die Arbeitsgruppe "Historische Kommentierung" bestand aus drei Frauen: Monica Geyler-von Bernus (Geschäftsführerin des Forums und Projektleiterin), die Kunstwissenschaftlerin Beate Rossié und Stefanie Endlich, Autorin dieses Beitrags. Die drei entwickelten, anknüpfend an den historischen und bauhistorischen Forschungsstand und mit Blick auf die speziellen "Zielgruppen" des Stadions, ein Konzept für die "Historische Kommentierung", in dem, wie anfangs erwähnt, dezentrale und zentrale Elemente ineinander greifen. Die Tafeln im Inneren und auf den Freiflächen des Stadions erläutern mit historischen und aktuellen Fotos und zweisprachigen Texten alle wesentlichen Bau-Charakteristika, Kunstwerke und Blickbezüge und können auf einem Rundgang entdeckt werden, ähnlich wie auf einem historischen Lehrpfad. Die übergreifenden Informationen, die nicht an Einzelsituationen festgemacht werden können, werden im Eingangsbereich vermittelt. Sie umfassen drei Themen: Bau- und Nutzungsgeschichte, Olympische Spiele 1936 im damaligen politischen Kontext sowie Sportereignisse im Stadion von den Anfängen bis zur Gegenwart. Der wissenschaftliche Beirat, ergänzt durch Verwaltungs- und Institutionenvertreter, die mit dem Stadion befasst waren, beriet und befürwortete sowohl das Gesamtkonzept als auch die Texte und die Bildauswahl für die Tafeln.

Dass es trotz der guten Ausgangsbasis zu schweren Turbulenzen kam, lag vor allem an zwei Entscheidungen. Die eine war die im Sinne von Kunst und Künstlern getroffene Vereinbarung, den "Ort der Information" als bauliche Struktur oder Hülle (die allerdings ohne Aufsicht funktionieren sollte) künstlerisch gestalten zu lassen, wenn schon der größte Teil der Kunst-am-Bau-Mittel für Geschichtsaufklärung verwendet würde. Die zweite war der Beschluss der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, die Kunst-am-Bau-Mittel – die ja offizieller Teil der Bausumme sind – nicht aus der von Walter Bau bewirtschafteten Gesamtbausumme herauszunehmen (was durchaus möglich gewesen wäre), sondern sie ebenfalls an Walter Bau zu übertragen und damit zu privatisieren, was zur Folge hatte, dass auch über diese eigentlich politisch definierten Gelder, Verfahren und Inhalte eine Baufirma und nicht die öffentliche Hand letztlich verfügen konnte. Walter Bau wurde so zum Auftraggeber des Forums für Geschichte und Gegenwart. Beide Weichenstellungen führten, wie zu erläutern ist, zu heftigen Problemen.

Das Preisgericht des Kunstwettbewerbs im Sommer 2004, zu dem vier Künstler und vier Architekten(teams) eingeladen wurden, war ausgerechnet von dem einzigen Entwurf fasziniert, der nicht mit einer konventionellen Text-Bild-Präsentation arbeitete. Einstimmig votierte es für den Entwurf von Zerr – Hapke – Nieländer Architekten: eine schmale, 18 Meter hohe Lichtsäule aus weißem Beton auf quadratischem Grundriss, an deren vier Sockelseiten die zentralen Informationen über Monitore angeboten werden und deren Spitze zugleich den Vorplatz beleuchten soll. Darüber hinaus sollen wechselnd hinterleuchtete, silhouettenartige Motive wie eine um die Skulptur kreisende Lichtinstallation für Fernwirkung sorgen.

Damit waren die Weichen gestellt für eine Fülle nicht vorausgesehener inhaltlicher und technischer Probleme. Das Medium Multimedia "zwang" die Arbeitsgruppe, die längst dabei war, die Inhalte für den "Ort der Information" zu erarbeiten, die Textmengen stark zu reduzieren, stattdessen jedoch das Bildangebot um ein Vielfaches zu erweitern und durch Filme und Ton zu ergänzen, wie es die Seh- und Wahrnehmungsgewohnheiten eines Multimedia-Betrachters "erfordern", der sich erfahrungsgemäß bei einem länger stehenden Bild schnell gelangweilt abwendet. Die Arbeitsgruppe hatte zuvor mit Unterstützung des wissenschaftlichen Beirats einen inhaltlichen Rahmen gesteckt, der die Erwartungen des Landes und der Bürger auf "Historische Kommentierung" erfüllen sollte und angesichts des neuen Mediums nicht einfach zurückgeschraubt werden durfte. Ob es trotz der Bilderfluten gelingt, neben den Sportthemen auch historisch-kritische Inhalte in die gedankliche Verarbeitung des Betrachters zu überführen, oder ob der schnelle Blick das Medienangebot weitgehend folgenlos vorbeirauschen lässt, ist eine offene Frage. Das Medium Multimedia erfordert gerade aufgrund der schnellen Bildwechsel eine erhöh-

te Konzentration. Die Rezeptionsbedingungen an der Lichtsäule sind hierfür eher widrig: der offene, windige Raum mit Sonne, Wind, Regen oder Schnee, Lichteinfall und Blendung, Lärm von außen, Zuschauen im Stehen, schwierige Gruppensituationen (nur einer von vielen kann klicken, die anderen müssen ihm über die Schulter schauen) und bei dieser Multimedia beschränkten Möglichkeiten, den Ablauf der Präsentation auf interessante Weise interaktiv zu steuern. Zudem sieht der Besucher von fern nur einen diffusen Kasten oder Bildschirmschoner, wenig motivierend für intensivere Auseinandersetzung.

Der Umsetzungsprozess der Multimedia begann mit einer diffizilen grafischen und computer-technischen Entwicklungsphase, bei der das Forum nicht auf bewährte Kooperationen zurückgreifen konnte, weil die Architekten der Lichtsäule die Produktion der Multimedia in ihr eigenes Kostenangebot mit eingebunden und zudem ganz eigene Ideen für die Präsentation entwickelt hatten. Nach Fertigstellung schließlich kam die ernüchternde Erkenntnis, dass nicht nur die von der Jury als poetisch gerühmte Lichtinstallation der Silhouetten, sondern auch die Multimedia selbst (was die Vorprüfung beim Wettbewerb schon warnend prophezeit hatte) auf den vier Flachbildschirmen bei Tageslicht schlecht oder gar nicht erkennbar ist, wobei die Masse der Besucher, speziell die architektur- und geschichtsinteressierten, doch nicht bei Dunkelheit, sondern tagsüber zum Stadion strömt. Die Lichtsäule mit ihren an einen Campanile erinnernden Überbau von Beleuchtungselementen wird daher kaum als weithin wirksamer Information-Point mit Signalwirkung wahrgenommen, sondern leicht übersehen als einer der vielen den Vorplatz bevölkernden Fahnen- und Lichtmasten.

Viel eher ziehen die dezentralen Tafeln die Aufmerksamkeit auf sich, groß und zugleich von transluzider Leichtigkeit, mit klarer, formal hervorragender Bild-Text-Struktur und einer nur durch das Licht erzeugten unterschwelligem sanftgrünen Leuchtkraft. Das Stuttgarter Atelier Weidner, dessen Tafeln bei der Open-Air-Dokumentation der KZ- und Speziallager-Dokumentationsstätte Lieberose-Jamlitz am Rand des Spreewalds 2003 viel Lob gefunden hatten, gewann ebenfalls im Sommer 2004 ein kleines Gutachterverfahren für die grafische Gestaltung der Tafeln.

Soviel zum ersten Problemkreis, der mit der Entscheidung des Kunstwettbewerbs zusammenhängt. Das zweite Problem, die unmittelbare Abhängigkeit von Walter Bau als direktem Auftraggeber, hätte fast zum Scheitern des gesamten Projekts und zum Verlust des Geldes geführt. Während sich inhaltliche Konflikte (etwa: was hat das zeitgleich mit den Olympischen Spielen gebaute KZ Sachsenhausen in der Multimedia dieser Sportstätte zu suchen?) nur dank einer gewissen Offenheit des Walter Bau-Managers im Gespräch lösen ließen, wenngleich mit Kompromissen, waren die mit der privaten Verfügung über alle Aufträge und Entscheidungen verbundenen Probleme schwerwiegender. Walter Bau setzte offensichtlich allen Ehrgeiz darin, Kunst-am-Bau-Mittel einzusparen (für welche anderen Zwecke?) und die Beteiligten herunterzuhandeln, notfalls auf Kosten der Qualität. Die 980.000 Euro fanden sich jedenfalls nur zum Teil in den Verträgen der an der "Historischen Kommentierung" arbeitenden Firmen, Büros und Wissenschaftlern wieder. Das wirkliche Drama entfaltete sich jedoch mit der Insolvenz von Walter Bau, der zehntgrößten Baufirma Deutschlands, im Februar 2005.

Die Hiobsbotschaft wurde gerade in den Nachrichten verkündet, als die fertig gestellten Bild-Text-Tafeln in Stuttgart auf den Laster gehievt werden sollten und die Produktion der Multimedia in die Endrunde ging. Die Lichtsäule war kurz zuvor aufgestellt worden und wartete mit leeren Bildschirmen darauf, ihren eigentlichen Zweck zu erfüllen. Allerdings hatten alle Beteiligten – Wissenschaftler, Gestalter und ausführende Firmen – entgegen den vertraglichen Vereinbarungen entweder noch gar kein Geld oder nur eine erste Rate erhalten. Sie hielten nun als einziges Faustpfand ihre Produkte zurück. Zwar mochte man meinen, die öffentlichen Gelder hätten erst nach Abnahme der fertig gestellten Leistungen an Walter Bau übergehen dürfen; dennoch waren dort im Zuge der Insolvenz offensichtlich auch die Kunst-am-Bau-Mittel verschwunden beziehungsweise in den großen Topf des Insolvenzverfahrens überführt worden.

Mit ungläubigem Staunen registrierten Projektbeteiligte, Fachöffentlichkeit und Sympathisanten, dass die öffentlichen Gelder, nach politischer Entscheidung ausdrücklich für die "Historische Kommentierung" bereitgestellt, durch den fatalen Outsourcing-Schritt der Senatsbauverwaltung im Zuge der immer mehr überhand nehmenden Privatisierung öffentlicher Aufgaben aufs Spiel gesetzt und möglicherweise verloren waren. Alle drei beteiligten Verwaltungen bedauerten dies zutiefst. Doch woher hätten sie angesichts der schwierigen Finanzlage den nun noch offenen Betrag von etwa 450.000 Euro nehmen sollen oder dürfen, nachdem sie doch bereits 980.000 Euro für diesen Zweck an Walter Bau übergeben hatten?

Zur selben Zeit wurde bekannt, dass das Deutsche Historische Museum – das sich dem Thema Olympische Spiele 1936 bisher noch nicht gewidmet hatte – 3,3 Millionen Euro für eine Historische Ausstellung in der Langemarckhalle erhalten würde, zu denen das Land weitere 3 Millionen für Instandsetzung und Umbau zusteuert, womit wiederum Gerkan, Marg und Partner beauftragt werden. Bei den Ausstellungsgeldern handelt es sich allerdings um Bundesmittel, die nach einer Vereinbarung zwischen Innenminister Schily und dem für das Olympiastadion zuständigen Schul- und Sportsenator Böger aus dem Sondertopf für die Fußballweltmeisterschaft 2006 bereit gestellt werden. Die nahe liegende Idee, daraus die noch fehlenden Gelder für die "Historische Kommentierung" zu zahlen und vor allem beide Projekte von Anfang an miteinander zu verbinden (was dem DHM erspart hätte, am Nullpunkt zu beginnen), fand bisher keine Resonanz (was übrigens auch für das Angebot der Topographie des Terrors gilt, ihre Olympia-Ausstellung von 1996 hier mit einzubinden). Dies wie auch die immens hohen Summen, die in Events der Stadion-Eröffnung und in das geplante "Kulturprogramm" André Hellers zur Fußballweltmeisterschaft 2006 fließen, werfen ein bezeichnendes Licht auf die politische Prioritätensetzung.

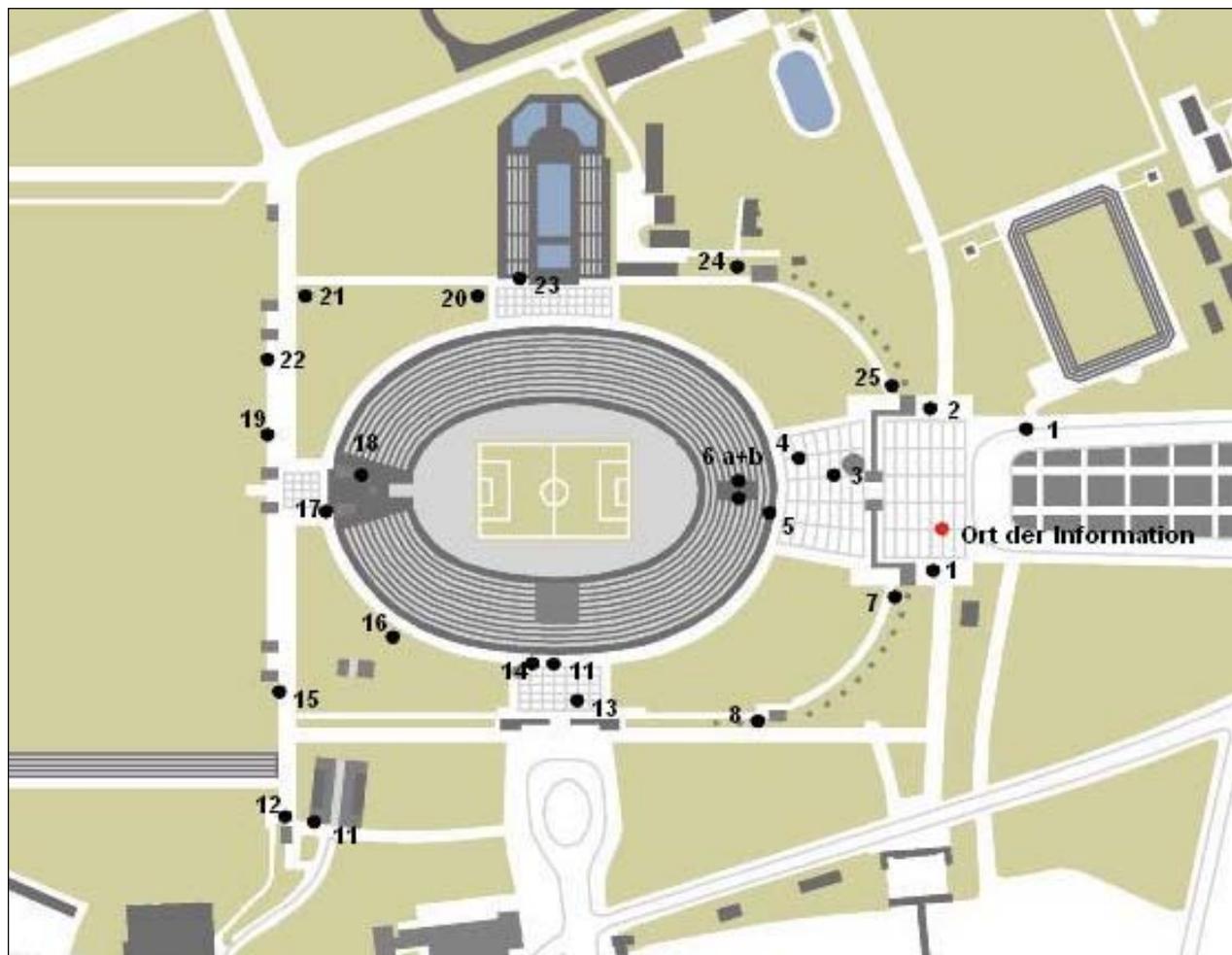
Nach wochenlanger Lähmung gelang es schließlich, einen Kompromiss zu erzielen, bei dem zwar alle Auftragnehmer noch mal Federn ließen und auch die extrem niedrigen Honorare nochmals reduziert wurden, der aber mit fünfmonatiger Verspätung endlich den Weg für die Anbringung der Tafeln und der Multimedia frei machte. Zu verdanken war dies dem Engagement einzelner Parlamentarier (so Brigitte Lange, SPD, mit einer Parlamentarischen Anfrage), einzelner Politiker (Senatorin Junge-Reyer, Senator Flierl) und einzelner Angehöriger der Verwaltungen, auch dem unbequemen Nachhaken einzelner Journalisten (vor allem von Jürgen Tietz im Tagesspiegel vom 22. Februar und von taz-Seite), der Fürsprache einiger einflussreicher Personen des öffentlichen Lebens und nicht zuletzt den unendlich geduldigen Bemühungen des Forums, durch Überzeugungsarbeit zu einer Lösung zu kommen.

Noch in den Sternen steht allerdings die ursprünglich geplante zweite Etappe der dezentralen "Historischen Kommentierung" für das weitere Gelände des ehemaligen "Reichssportfeldes", also das Sportforum, Maifeld mit Glockenturm und Langemarckhalle sowie die populäre Waldbühne (zur NS-Zeit nach einem Förderer Hitlers Dietrich-Eckart-Bühne genannt und für völkische "Weihespiele" genutzt). Für dieses anfangs von allen Verwaltungen in Aussicht gestellte zweite Kapitel mit weiteren etwa 25 Tafeln, die sich auf ebenso wichtige Teile der Gesamtanlage (hier stehen die Skulpturen von Thorak und Breker) beziehen, soll nach allem Hin und Her nun kein Geld mehr vorhanden sein. Doch vielleicht helfen auch hier Proteste aus der Öffentlichkeit.

Stefanie Endlich

Verzeichnis der Text-Bild-Tafeln der Historischen Kommentierung Olympiastadion:

- | | | | |
|-----|---|-----|---|
| 1. | Olympischer Platz (2 Tafeln) | 14. | Großer Marchhof |
| 2. | Olympisches Tor mit "Preußenturm" und "Bayerturm" | 15. | "Frankenturm", "Schwabenturm" und Blick auf das Maifeld |
| 3. | Podbielski-Eiche | 16. | Skulpturen "Rosseführer" |
| 4. | Olympiastadion | 17. | Marathontor, Feuerschale und Siegertafeln |
| 5. | Umgang des Olympiastadions | 18. | Gedenktafeln, Diem-Tafel |
| 6a. | Stadion Innenraum 1936 | 19. | Blick auf Glockenturm und Langemarckhalle |
| 6b. | Stadion Innenraum 2004 | 20. | "Friesenturm" und "Sachsenturm" |
| 7. | Südliche Stelen der Olympiasieger | 21. | Skulptur "Siegesgöttin" |
| 8. | Skulptur "Diskuswerfer" | 22. | Ausblick auf die Südtribüne |
| 9. | Coubertinplatz und Stadion-Terrassen | 23. | Schwimmstadion |
| 10. | Olympiaglocke | 24. | Ausblick auf das Deutsche Sportforum |
| 11. | Ehrenbereich (Ehrenloge, Ehrenhalle, Coubertinsaal) | 25. | Skulptur "Stafettenläufer" |
| 12. | Kleiner Marchhof | 26. | Nördliche Stelen der Olympiasieger |
| 13. | Skulptur "Sportkameraden" | | |



Walter Sutkowski und das Denkmal auf dem Platz des 23. April

Am 7. Oktober 1969 wurde im Zentrum Köpenicks auf dem "Platz des 23. April" das von Walter Sutkowski (1890 - 1983) geschaffene neue Denkmal für die Opfer der Köpenicker Blutwoche eingeweiht. Es erinnert an eine zum damaligen Zeitpunkt beispiellose Terroraktion der Köpenicker Sturmabteilung (SA), der im Juni 1933 mindestens 24 Gegner des Naziregimes zum Opfer gefallen sind. Dem Neubau des Denkmals war der Abriss einer im April 1946 aus dem gleichen Anlass errichteten schlichten Backsteinstele vorausgegangen, die "in Anbetracht der zahlreichen Opfer der Köpenicker Blutwoche" vom damaligen Rat des Stadtbezirkes Köpenick als "nicht würdig genug" eingestuft wurde.

Im Oktober 1971 wurde das Denkmal durch die sieben Meter breite und etwa zwei Meter hohe Reliefwand "Unser friedlicher Aufbau" ergänzt, auf der Szenen aus dem Alltag der realsozialistischen Gesellschaft dargestellt werden. Neben der Mahnung und der Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen während der Köpenicker Blutwoche, kam diesem Denkmal im besonderen Maße die Aufgabe zu, den antifaschistischen Widerstandskampf im Bewusstsein der Bevölkerung wach zu halten. Alljährlich zum Jahrestag der Köpenicker Blutwoche am 21. Juni an diesem Denkmal veranstaltete Fahnenappelle, Erinnerungsfeiern und Vereidigungen von Mitgliedern der paramilitärischen Betriebskampfgruppen belegen auf deutliche Art und Weise die politische Vereinnahmung und den Missbrauch der Köpenicker Juniereignisse.

Walter Sutkowski wurde am 4. Oktober 1890 in Danzig, heute Gdansk, geboren. Früh schon werden seine künstlerischen Neigungen und Begabungen erkennbar. Skizzen und Zeichnungen seiner heimatlichen Umgebung wiesen ihn als einen vielfältigen und empfindsamen Beobachter aus. Er durchlief eine solide Steinmetzlehre, lernte den Umgang mit gewachsenem oder geformtem Material und verlieh ihm Bewegung und Leben. Ein Stipendium führte den zierlichen und strebsamen jungen Mann 1911, gerade 20-jährig, an die berühmte Kunstgewerbeschule Berlin, Prinz-Albrecht-Straße. Hier wurde er Meisterschüler bedeutender Künstler, erhielt viele Preise und lobende Erwähnungen, ab 1924 ein eigenes Atelier. Der Erste Weltkrieg unterbrach die Berliner Jahre und was der als Sanitäter im Dezember 1914 zur Reichswehr eingezogene Sutkowski im Felde erlebte, prägte und verließ ihn nie. Die Erfahrung der Leiden und das Wissen um deren Ursachen legten den Samen des "Nie wieder". Bis es zur künstlerischen Umsetzung dieser Idee kommt, vergingen noch viele Jahre. Jahre voller Erfolge, wohlverdienter nationaler und internationaler Beachtung und Anerkennung. Eine Zeit privaten Glücks durch die Heirat mit seiner Frau Clara 1921 und Geburt seiner Tochter Inge im Jahre 1923. Aber auch die Zeit des Nationalsozialismus und mit ihm das Erlebnis des zweiten großen Krieges. In der Öffentlichkeit wurde Walter Sutkowski seinerzeit vor allem bekannt durch den 1923 ausgeführten Ornamentfries am Berliner U-Bahnhof Wittenbergplatz und die künstlerische Gestaltung der Fassade an der Steingutfabrik Velten-Vordamm. Sutkowski wurde Mitglied des berühmten Werkbundes, nahm an mehreren Ausstellungen der Berliner Secession teil. Von der Presse besonders hoch gelobt werden die Plastiken "Der Jüngling" und "Der Frühling". Es sind Schlüsselarbeiten seines Werkes in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts. 1928 erhielt Sutkowski den ersten Preis für die Ausführung der Figur "Segnender Christus" für die im Zweiten Weltkrieg zerstörte Kirche auf dem Tempelhofer Feld in Berlin-Tempelhof. Im gleichen Jahr wurde der Künstler Mitglied der SPD. 1929 beauftragte ihn die Stadt Berlin mit der Gestaltung dreier Bronze-Figurengruppen für den Heckengarten im Volkspark Berlin-Wuhlheide, die noch 1933 als "Das Wort", "Der Tanz" und "Der Ton" Aufstellung fanden. Die drei Plastiken wurden 1943 eingeschmolzen. Im Februar 1933 geriet die für ihre liberale Ausrichtung bekannte Kunstgewerbeschule in das Schussfeld der Nazis, weil angeblich zu viele Juden und Marxisten im Lehrkörper vertreten waren. Als deren *Entfernung* nicht die gewünschten Ergebnisse brachte, verfügte NS-Kultusminister Bernhard Rust am 27. Februar 1933 die Schließung der traditionsreichen Einrichtung. Bis Ende Mai blieb Sutkowski Zeit, sein Atelier zu räumen. Im Juni übernahm die Gestapo das Gebäude und richtete hier ihr berüchtigtes Hauptquartier ein. Der Künstler verlegte Atelier und Wohnsitz auf ein kleines Grundstück in Berlin-Grünau. Als Aufträge ausblieben, meldete er sich arbeitslos. Akribisch listete er in seinem erhalten gebliebenen Tagebuch seine finanziellen Verhältnisse auf. Für die Monate Januar bis Oktober 1934 verzeichnete er keinerlei Einnahmen, lebte mit seiner Fa-

milie von Gelegenheitsarbeiten, bescheidenen Mieteinkünften und Arbeitslosenunterstützung, die er mit der Gestaltung eines heute verschollenen Sandsteinbrunnens für die Köpenicker Dammvorstadt abarbeitete. Für Sutkowski wie für viele andere Künstler und Intellektuelle stellte sich die Frage: Dafür oder dagegen? Angesichts des ausgeübten Zwanges war es unmöglich, vom Erlös der künstlerischen Arbeiten zu leben, sofern man nicht die Themen der offiziellen Propaganda bediente. Man konnte entweder vollkommen schweigen oder aber weiterarbeiten, in dem man die von der Nazi- Propaganda angepriesenen Themen mied. Walter Sutkowski arrangierte sich mit dem neuen Regime, indem er mit seiner Kunst die propagandistischen und politischen Vorgaben der Nazis erfüllte. Waren es 1923 mit der Gestaltung von Töpfer und Former an der Fassade der Steingutfabrik Velten noch Motive der Industrielwelt, zeigte Sutkowski 1936 in den Fassadenornamenten am Städtischen Bauamt in Fulda den typisierten deutschen Menschen: Den auf sich selbst gestellten Mann in der Natur, aufrecht schreitend, nackt und barfuß mit übergroßen Händen und harten Gesichtszügen. Er lag damit genau auf der Linie der staatlich verordneten Blut- und Boden-Ästhetik. Die Vertreibung aus dem Atelier der Kunstgewerbeschule hatte ihn nicht zum Verfolgten sondern zum Mitläufer des Naziregimes werden lassen. Die Zugehörigkeit zur Reichskammer der Bildenden Künste, für die Sutkowski ab 1937 Mitgliedsbeiträge zahlte, wurde für den Künstler Pflicht, da eine Berufsausübung ohne Mitgliedschaft nicht möglich war. Bis 1944 entstanden in vielen Städten Deutschlands künstlerische Fassadenelemente für öffentliche Institutionen und Einrichtungen, Wohnungsbaugesellschaften und Privatunternehmen.

Nach der Befreiung Deutschland vom Nationalsozialismus 1945 stellte sich Sutkowski ehrlich und vorbehaltlos für den Aufbau einer neuen Kunstepoche zur Verfügung. Er wurde Lehrer und Vermittler für künstlerisches Empfinden und unterrichtete bis 1952 an den Volkshochschulen in Berlin-Schöneberg, Neukölln und Köpenick plastisches Gestalten. "Die Kunst", so schrieb er im Dezember 1945, darf sich nicht isolieren und nur für eine kleine Gruppe Menschen da sein, sie muss sich vom Volk aus neu aufbauen."

Bald begann Sutkowski allerdings auch in der noch jungen DDR die Einengung künstlerischer Gestaltungsspielräume zu spüren. Nach 1950 schuf sich die DDR ihre eigene, parteigemäße Kunst- und Kulturlandschaft. SED-Politbüro und Ministerium für Kultur betrachteten Kunst und Kultur nicht als eigenständigen Bereich der Gesellschaft, sondern als ideologischen Faktor im Gefüge des staatssozialistischen Systems. Der 1950 zunächst innerhalb des Kulturbundes gegründete Verband der Bildenden Künstler (VBK) stellte im Bereich der Bildenden Kunst das zentrale Instrument für die von der SED ausgegebenen kunstpolitischen Richtlinien dar. Durch seine Mitgliedschaft sicherte sich Sutkowski – wie viele seiner Künstlerkollegen – die weitere Berufsausübung, da er ohne Verbandszugehörigkeit weder gefördert noch seine Werke ausgestellt oder vom staatlichen Kunsthandel an- oder verkauft worden wären. Derart eingegrenzt erscheint sein im Januar 1951 vollzogener Austritt aus der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) mutig. Sutkowski, der wie viele seiner auf Öffentlichkeit angewiesenen Künstlerkollegen nichts so sehr fürchtete wie Isolation und Ausgrenzung verließ die SED, deren Mitglied er nach Vereinigung von KPD und SPD zur SED im April 1946 geworden war. Er sandte sein Mitgliedsbuch an die Köpenicker SED-Kreisleitung, nachdem er zuvor von dort aufgefordert wurde, sein Fernbleiben an Parteiveranstaltungen unter Angabe von Gründen schriftlich zu entschuldigen.

Mit der 1946 für die Köpenicker Antifa-Ausstellung "Man gab ihm 10 Jahre Zeit" aus Pappmaschee gearbeitete Skulpturengruppe "Die Gefesselten" stellte Sutkowski Anklage wie Überwindung der NS-Gewaltherrschaft dar. Zwei Menschen sind zu sehen: Einer bäumt sich in letzter Verzweiflung auf, die Hand zur Mahnung erhebend, während der andere, schon völlig zusammen gebrochen, am Boden kauert. Hier wie in seinem Entwurf für das Auschwitz-Mahnmal geht es nicht um Vergeltung, hier wird erinnert, getrauert und gemahnt. Zweifellos ein überzeugendes, wenn nicht das überzeugendste Beispiel eines politischen Mahnmals in Köpenick. Jenes "Nie wieder" aus den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges findet hier einen viel beachteten Ausdruck. Nachdem Sutkowski noch im Dezember 1953 von den Kulturverantwortlichen im Rat des Stadtbezirks die Aufstellung dieser Figurengruppe auf dem städtischen Teil des Friedhof der evangelischen St. Laurentius-Gemeinde – dem Begräbnisort der meisten Opfer der Köpenicker

Blutwoche – nahe gelegt worden war, wandte sich das Blatt im November 1954. In dieser Angelegenheit "sei eine völlige Neuorientierung vorgenommen" worden, teilte ihm der zuständige Sekretär des Rates des Stadtbezirkes mit. Die Behörden planten nunmehr die Aufstellung des Mahnmals auf dem zentral gelegenen "Platz des 23. April" auf dem bereits seit 1946 eine schlichte Stele an die Opfer des NS-Regimes erinnerte und dessen parkähnliche Ausdehnung für propagandistische Mahn- und Gedenkveranstaltungen bestens geeignet erschien. Weitere elf Jahre vergingen, bis im Oktober 1965 in den Räumen des Kulturbundes Köpenick Modelle des künftigen Denkmals für die Opfer der Köpenicker Blutwoche vorgestellt wurden. An der Präsentation beteiligten sich damals lediglich die Köpenicker Bildhauer Fritz Schulz und Karl Lemke, deren Entwürfe zwar zur Diskussion gestellt, aber bekanntermaßen nicht umgesetzt wurden. Aus dem vorliegenden Nachlass von Walter Sutkowski ergeben sich keinerlei Anhaltspunkte über die Durchführung eines künstlerischen Wettbewerbs zwischen mehreren beteiligten Künstlern, so dass heute davon ausgegangen werden muss, dass eine direkte Auftragsvergabe an Sutkowski bereits im Vorfeld erfolgt ist. Im Juli 1968 wurde Sutkowski vom Rat des Stadtbezirkes mit der "Gestaltung eines Mahnmals zum Gedenken an die Opfer der Köpenicker Blutwoche" offiziell beauftragt. Ein Jahr davor hatte der damalige Köpenicker Stadtrat für Kultur dem Magistrat von Berlin (Ost) einen entsprechenden Antrag unterbreitet.

Aus der ursprünglich für den Köpenicker Friedhof geschaffenen Figurengruppe wurde nun eine einzelne, aufrecht stehende, sich nach oben verjüngende und von einer Faust bekrönte Stele. Nur noch aus unmittelbarer Nähe waren die reliefartig ausgemeißelten geschundenen Menschen zu erkennen, die den ersten Entwürfen Sutkowski einen so überzeugenden künstlerischen Ausdruck verliehen hatten.

Dass Sutkowski seine umfangreichen künstlerischen Erfahrungen auch nach seinem Austritt aus der SED innerhalb vieler Gespräche und Künstlerforen einbrachte, sprach für ihn. Er blieb auch unter schwieriger werdenden politischen Bedingungen ein Freund des Lebens, der Kunst und der Menschen; setzte seine künstlerische Arbeit bis an sein Lebensende fort und ging dabei zähneknirschend manchen Kompromiss ein.

Der am 10. Oktober 1983 einsam in einem Köpenicker Pflegeheim gestorbene Walter Sutkowski ist keinen einfachen Weg gegangen, hat sich manchmal zu schnell eingereiht, zu schnell die Hand gegeben, hat sich Vereinnahmungen, Missbrauchen und Feiern lassen. Er hat es sich und Anderen dabei nie leicht gemacht. "Die Kunst", so schrieb er 1946, "wird immer das sein, was die Gesellschaft aus ihr macht."

Claus-Dieter Sprink

Zur Wiederanbringung der Gedenktafel für Kurt Klinke, Strelitzer Straße 18

Der Verein Aktives Museum und die Gedenktafelkommission Mitte sind sehr erfreut, dass die Gedenktafel für Kurt Klinke restauriert werden konnte und nunmehr wieder am Haus Strelitzer Straße 18 angebracht ist.

Diese Gedenktafel ist einem langjährigen Bewohner des Hauses gewidmet. Wir können davon ausgehen, dass Kurt Klinke in diesem Haus Strelitzer Straße 18 zusammen mit seinem Vater Emil Klinke und seiner Mutter – ihr Vorname ist leider nicht überliefert – und zusammen mit seinen beiden, jüngeren Schwestern Frieda und Gertrud seit 1928 bis 1944 gewohnt hat, also sechzehn Jahre seines nur 34 Jahre zählenden, viel zu kurzen Lebens auch in diesem Haus verbracht hat. Sein Vater Emil Klinke hat hier sogar 44 Jahre lang, von 1928 bis 1972 gewohnt. Doch ist diese Gedenktafel nicht nur einem langjährigen Bewohner des Hauses gewidmet. Was hebt Kurt Klinke gegenüber den übrigen lang- oder kurzzeitigen Mietern des Hauses hervor?

Das teilt uns Betrachtern und Passanten die Inschrift der vor 1990, vermutlich in den 1980er Jahren entstandenen Gedenktafel in kurzen, knappen Worten eindeutig mit:

Sie benennt Kurt Klinke erstens als einen Widerstandskämpfer. Sie benennt zweitens die Mörder Kurt Klinkes als Faschisten. Und sie formuliert drittens einen Erinnerungsaufftrag, Kurt Klinkes zu gedenken und die Erinnerung an ihn aufrecht zu erhalten.

Mit diesen acht Zeilen wird ein exemplarischer Lebensabriss eröffnet. Diese acht Zeilen, diese 18 Wörter und zwei Jahreszahlen ermöglichen einen Blick hinter die Kulissen des Hauses.

Durch ihre Kürze sind diese acht Zeilen auch ein Signal an die Passanten. Es soll historisches Bewusstsein hervorrufen. Es soll aufzeigen, dass es in diesem durchschnittlichen Wohnquartier Widerstand gegen den Nationalsozialismus gab. Und es ist nicht das einzige solche Signal in der Strelitzer Straße. Nur wenige Schritte von hier entfernt findet sich am Haus Strelitzer Straße 10 eine weitere Gedenktafel zur Erinnerung an einen früheren Bewohner des Viertels, der Widerstand leistete und deshalb von den Nationalsozialisten ermordet wurde: Gustav Elfert, parteilos, wegen einer Äußerung gegen den Krieg verhaftet und wegen "Wehrkraftzersetzung" zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Diese und andere Gedenktafeln wurden in den ersten Jahren nach der Befreiung vom Nationalsozialismus initiiert und an vielen Orten in der Stadt Berlin an den Wohnhäusern von vielen Verfolgten angebracht. Deshalb sind diese Gedenktafeln nicht nur Erinnerungsmale für die in den Inschriften genannten Personen, die Widerstandskämpfer.

Sie sind auch Zeugnisse einer umfassenden Erinnerungskultur, wie sie nach 1945 entstanden ist und für Jahrzehnte in das gesellschaftliche und politische Leben eingebunden war, auch eingebunden war in politische Rituale zur moralischen Legitimation eines Herrschaftsanspruches.

Auch als solche Zeugnisse einer umfassenden Erinnerungskultur sind diese Gedenktafeln wichtig und deshalb freuen wir uns besonders, dass die Gedenktafel für Kurt Klinke wieder an ihrem ursprünglichen Ort angebracht ist.

Leider wissen wir nicht, wann genau eine erste Gedenktafel für Kurt Klinke am Haus Strelitzer Straße 18 angebracht wurde. Wir können aber vermuten, dass dies – wie die meisten der Gedenktafeln für die Opfer des NS-Regimes – in den ersten Nachkriegsjahren geschah. Die heutige, restaurierte Gedenktafel ist vermutlich einer späteren Erneuerung der 1980er Jahre zu verdanken.

Leider wissen wir auch nicht, wer das öffentliche Gedenken für Kurt Klinke angeregt hat. Das können sowohl Angehörige von Kurt Klinke gewesen sein oder seine Mitstreiter, welche die NS-Verfolgung überlebt hatten.

Da die Erinnerung an Kurt Klinke in den gesellschaftlichen und politischen Alltag einging, haben sich diese wichtigen Angaben leider verloren. Die Erinnerung war für lange Zeit eine Normalität.

Weshalb sollte also nach ihren Ursprüngen gefragt werden? Durch die Setzung einer solchen Gedenktafel hatte sich für ihre damaligen Initiatoren die Sicherung von Zeugnissen und Dokumenten vielleicht auch erübrigt. So kann die Gedenktafel ein Schlusspunkt einer Erinnerung gewesen sein, auch ein möglicher Abschluss einer gesellschaftlichen Anerkennung des Verfolgten und seiner Angehörigen.

Deshalb kennen wir heute auch kein Bild von Kurt Klinke. Eine Fotografie seiner Person ist leider nicht überliefert. Deshalb kennen wir auch keinen Nachlass des Verfolgten. Deshalb gibt es leider auch keinen Kontakt zu den Angehörigen der Familie Klinke. Innerhalb von sechzig Jahren Nachkriegszeit haben sich diese Spuren und Kontakte leider verloren.

So ist nur wenig über das Leben von Kurt Klinke bekannt. Die wenigen, überlieferten Daten möchte ich im folgenden kurz zusammenfassen:

Kurt Klinke wurde am 28. September 1910 in Berlin geboren. Er war das älteste Kind und hatte zwei Schwestern Gertrud und Frieda. Von seinem sechsten bis zum vierzehnten Lebensjahr besuchte er die Volksschule. Danach erlernte er den Beruf eines Ziseleurs.

Sein Vater **Emil Klinke** (geb. 27.10.1881 in Groß-Cammin Kreis Landsberg, evangelisch, gestorben am 17.9.1972) ist seit 1918 im Berliner Adressbuch nachgewiesen. Folglich wohnte die Familie Klinke bis 1927 in der Wolliner Straße 34, in einer Erdgeschosswohnung im Hof des im Wedding gelegenen Hauses. Emil Klinke war Postschaffner von Beruf. Er selbst bezeichnete sich nach 1945 als "Postarbeiter".

Im Berliner Adressbuch ist Emil Klinke seit 1928 für das Haus Strelitzer Straße 18 ausgewiesen, und zwar im Vorderhaus im 4. Obergeschoss. Nun war Emil Klinke auch nicht mehr gemeiner Postschaffner, sondern Ober-Postschaffner ("Ob.Postschaffn.").

Die Wohnung in der Strelitzer Straße 18 wurde von Emil Klinke auch nach 1945 bewohnt. Offensichtlich war das Haus gut durch den 2. Weltkrieg hindurch gekommen. In einem Dokument wurde die Wohnung nach 1945 als eine Zweizimmerwohnung bezeichnet.

Kurt Klinke ist in keinem der Berliner Adressbücher verzeichnet, so dass wir davon ausgehen können, dass diese Zweizimmerwohnung auch sein Zuhause war.

Dokumente, bei deren Beschaffung Andreas Herbst sehr geholfen hat, weisen ein frühes politisches Engagement aus: So war Kurt Klinke bereits 1925 Gruppenleiter im Verband sozialistischer Kinderfreunde, 1926 Gruppenleiter in der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ), und er gehörte seit 1928 dem Deutschen Metallarbeiterverband als Mitglied an. 1931 wurde er Mitglied der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), und 1936 soll er sich der KPD angeschlossen haben, an deren politischer Arbeit er sich bereits zuvor beteiligt haben soll.

Nach Abschluss der Berufsausbildung 1928 begann für Kurt Klinke auch eine Zeit der Arbeitslosigkeit. Mit Gelegenheitsarbeiten trug er zu seinem eigenen Auskommen bei. Erst 1937 fand er eine Anstellung als Mechaniker bei der Firma Siemens im Werk Marienfelde (Siemens-Apparate-und-Maschinenbau GmbH). Hier wurden während des Krieges u.a. Steuergeräte für U-Boote, Flak-Stände und Raketenwaffen hergestellt. Sein Wochenlohn betrug 40 Reichsmark.

Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus berichteten seine Angehörigen, dass Kurt Klinke bei seiner Arbeit in Marienfelde "beobachtet bzw. bespitzt" wurde. Es ist bekannt, dass Kurt Klinke 1943 bis 1944 politische Kontakte unterhielt und sich an der Arbeit der illegalen Betriebszelle im Marienfelder Siemenswerk beteiligte, u.a. durch die Verbreitung von Flugschriften des Nationalkomitees Freies Deutschland (NKFD). Über die illegale Betriebszelle im Marienfelder Siemens-Werk schrieb Ursel Hochmuth 1998: "Die Gruppe orientierte auf Sabotage der Rüstungsproduktion, Zusammenarbeit mit ausländischen Arbeitern, auf Abhören verbotener Sender und führte politische Schulungen durch." (161) Die "Störungsmaßnahmen der Rüstungsproduktion" durch die illegale Betriebszelle reichten "bis ins Konstruktionsbüro und Versuchslabor" des Werkes (Hochmuth 209). Die Leitung der illegalen Betriebszelle nahmen Josef Höhn, Julius Balkow und Friedrich Feßmann ein. Die Zahl der Mitglieder wird auf circa 30 Personen geschätzt, unter diesen Kurt Klinke und Franz Peplinski. Der Kontakt zwischen der Marienfelder Betriebszelle und der Saefkow-Gruppe wurde durch Erich Fähling hergestellt. Kurt Klinke hatte seinen früheren Parteifreund Erich Fähling während des Krieges getroffen und mit ihm über die illegale

Gewerkschaftsarbeit und die Bildung von konspirativen Dreiergruppen beraten. Über Gerda Eichendorff nahm er Kontakt zu einer Köpenicker SPD-Gruppe um Ewald Naujoks auf. Ein Zusammentreffen mit Ewald Naujoks und dem Köpenicker Widerstandskreis von SPD- und SAP-Mitgliedern kam am 3. Dezember 1943 zustande. Wenige Tage später, Mitte Dezember, wurde die Gruppe um Naujoks verhaftet. Vielleicht geriet auch Kurt Klinke damit in das Visier der Gestapo. Er wurde am 11. Juli 1944 im Siemens-Werk Marienfelde verhaftet. Seine Haftstätten waren die Gefängnisse Oranienburger Straße, Alexanderplatz und Moabit. Ebenfalls aus der Betriebszelle des Marienfelder Siemenswerkes wurden Josef Höhn, Julius Balkow und Friedrich Feßmann verhaftet. Mit diesen wurden in einem Verfahren des Volksgerichtshofes außerdem Egmont Schultz und Rudolf Seiffert des Hochverrats angeklagt. Schultz und Seiffert arbeiteten in den Siemenswerken der Siemensstadt und gehörten der dortigen Betriebszelle an.

Sie alle waren der Vorbereitung zum Hochverrat angeklagt. Der Vorwurf zielte besonders darauf, die Ziele des NKFD, des Nationalkomitees Freies Deutschland, vertreten und für diese gewonnen zu haben. Dazu gehörte auch die Verbreitung von Schriften des NKFD hinzu.

Julius Balkow und Friedrich Feßmann wurden zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt und überlebten die Haftzeit. Josef Höhn, Egmont Schultz und Rudolf Seiffert wurden zum Tode verurteilt und am 29. Januar 1945 im Zuchthaus Brandenburg hingerichtet.

Kurt Klinke erlag bereits in der Untersuchungshaft der verschärften Verhörmethoden der Gestapo.

Ihre **Verhaftung stand im Zusammenhang** mit dem Schlag der Gestapo gegen den Widerstandskreis um Anton Saefkow und Franz Jacob.

Um Anton Saefkow und Franz Jacob entstand seit dem Herbst 1943 eine Organisation verschiedener Betriebszellen, die über Mittelsmänner das Programm des Nationalkomitees Freies Deutschland und deren Schriften verbreiteten. Damit sollte gleichzeitig eine Grundlage für eine neu zu bildende Kommunistische Partei nach dem Ende des NS-Regimes gelegt werden. Dieser Kreis um Anton Saefkow und Franz Jacob hatte sowohl Kontakte zu anderen kommunistischen Widerstandskreisen als auch zu bürgerlichen und sozialdemokratischen Kreisen, beispielsweise zu Julius Leber und Adolf Reichwein. Ein erstes Treffen zwischen diesen fand am 22. Juni 1944 statt. Daran erinnert eine Gedenktafel in der Köpenicker Straße 76. Ein zweites geplantes Treffen am 4. Juli 1944 wurde verraten. Die nun einsetzende Verhaftungswelle umfasste über 200 Personen, unter diesen auch Kurt Klinke, Josef Höhn, Julius Balkow und Friedrich Feßmann vom Marienfelder Siemenswerk. Mehr als 90 der im Juli 1944 in diesem Zusammenhang Verhafteten wurden hingerichtet.

Der **Tod Kurt Klinkes** am 13. Dezember 1944 im Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit wurde offiziell als Freitod deklariert. Es hieß, Klinke habe sich erhängt, einen Tag vor der Hauptverhandlung gegen ihn und fünf weitere Angeklagte des Widerstandskreises. Heinrich-Wilhelm Wörmann schrieb 2002, dass Klinke ein Opfer "verschärfter Vernehmungen" durch die Gestapo wurde, die den Aufenthaltsort des flüchtigen Erich Fähling erfahren wollte.

Die Angehörigen Klinkes wurden über seinen Tod nicht unterrichtet. Erst nach mehrmaligem Nachfragen erfuhren sie: "Klinke ist verstorben!" Ohne eine Benachrichtigung der Familie wurde sein Leichnam am 20. Dezember 1944 auf dem Parkfriedhof Marzahn beigesetzt.

Dieses kurze Leben von Kurt Klinke zeigt uns, mit welcher Radikalität ein politisches System in das Leben eines einzelnen Menschen eingreifen kann. Es zeigt uns weiter, dass sich politische Geschichte nicht nur auf wenige zentrale Institutionen und Monumente beschränkt, sondern selbstverständlich Rückwirkungen auch auf das Leben in den ganz gewöhnlichen Wohnquartieren, bei den sogenannten einfachen Bürgern haben kann.

Die Dezentralität dieser individuellen Biografie stiftet deshalb eine Notwendigkeit des öffentlichen Gedenkens für Kurt Klinke. Im Zusammenspiel mit anderen Gedenktafeln ist sie eine Erfahrungsmöglichkeit von Geschichte vor Ort. Sie ist schlicht, kurz, präzise, vielleicht sogar etwas drastisch in ihrer Formulierung. Sie ist ein Zeichen, aber sie drängt sich nicht auf. Sie ist eine

abrufbare Erinnerungsmöglichkeit, der wir uns widmen können. Auch heute, noch sechzig Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus, schreibt sie die Erschütterung über ein verbrecherisches, staatsterroristisches politisches System in das Berliner Stadtbild ein.

Die Gedenktafel für Kurt Klink zeigt aber auch, wie wichtig es immer noch ist, auch sechzig Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus, die Spuren und Zeugnisse der Geschichte der Verfolgung zu sichern, die noch vorhandenen Erinnerungen zu speichern und damit auch für eine künftige kollektive Erinnerung verfügbar werden zu lassen. Das erfordert eine Stärkung und öffentliche Aufwertung der konkreten Erinnerungsarbeit, wie sie beispielsweise in Berlin von verschiedenen Institutionen betrieben wird: von Vereinen, Initiativen, Verbänden und öffentlichen, musealen Einrichtungen. Ein besonders wichtiges Kriterium bei dieser Erinnerungsarbeit ist es, dass die damit erlangten Zeugnisse der Geschichte der Öffentlichkeit zugänglich sind und in den entsprechenden öffentlichen Institutionen aufbereitet werden und verfügbar gemacht werden.

Denn eine angemessene Pflege und Erhaltung des Erbes von Widerstand gegen den Nationalsozialismus und der Zeugnisse einer komplexen Erinnerungskultur der ersten Nachkriegsjahre ist nur möglich, wenn damit ein umfassendes Wissen und folglich auch ein Bewusstsein verbunden ist. Wenn aber das Wissen verloren geht, können wir auch kein Bewusstsein für diese und andere Gedenktafeln unserer Berliner Erinnerungslandschaft erwarten. Die Restaurierung und Wiederanbringung der Gedenktafel für Kurt Klink fordert unser Wissen und unser Bewusstsein ein. Und das ist kein abgeschlossener, sondern ein beständiger Prozess, den sich der Verein Aktives Museum auch für andere Gedenktafeln wünscht.

Martin Schönfeld

betr. Vergiftung der Luft in Berlin durch die Kraftfahrzeuge usw.

Schon lange vor den heutigen, hilflosen Versuchen, des globalen Problems der Feinstaubentwicklung und der damit zusammenhängenden Luftverschmutzung Herr zu werden, waren die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker Berlins um die Qualität der vielgerühmten "Berliner Luft" besorgt. Bei ihren Recherchen zur Vorbereitung der Ausstellung "Verfolgte Stadtverordnete" stieß Christiane Hoss auf eine beispielhafte und denkwürdige Debatte der Berliner Stadtverordnetenversammlung am 4. Juni 1925, die wir unsern Leserinnen und Lesern nicht vorenthalten möchten.

Amtlicher stenographischer Bericht über die Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung am 4. Juni 1925. 23. Sitzung. Herausgegeben vom Magistrat. (S. 455-459.)

(Beginn der Sitzung um 6 Uhr 19 Min. abends.)

Vorst. Haß [1]: Die Sitzung ist eröffnet. Ich begrüße die Damen und Herren nach der kurzen Ferienpause und hoffe, daß Sie gestärkt zu neuer und erfolgreicher Arbeit zurückgekommen sind.

[...]

Wir können dann wohl zunächst Punkt 8 vorziehen:

Anfrage der Stadtv. von Eynern u. Parteifreunde, betr. Vergiftung der Luft in Berlin durch die Kraftfahrzeuge usw. – Drucks. 390 [2] –

Zur Begründung hat das Wort Herr Stadtverordneter Streiter.

Stadtv. Streiter [3]: (Begründung der Anfrage:) Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich las heute von einer großen Automobilfirma eine Anzeige, die in einer Berliner Zeitschrift erschienen ist, daß alle vier Minuten und 50 Sekunden ein fertiges Automobil die Fabrik verläßt. Das ist die Produktion nur einer einzigen Automobilfirma. Wenn wir die anderen Firmen mit hinzurechnen, dürfen wir annehmen, daß wir uns bald den amerikanischen Verhältnissen genähert haben werden. Insbesondere in Berlin ist der Automobilpark in den letzten Jahren so ungeheuerlich angewachsen, daß wir hier schon von amerikanischen Verhältnissen sprechen können.

Es ergibt sich daraus ein Verkehrsproblem ganz eigener Art, und ich nehme an, daß unser verehrter Herr Verkehrsstadtrat dauernd eingehend darüber nachdenkt, wie wir dieser drohenden Verkehrskatastrophe durch das Anwachsen der Automobile begegnen können.

Ich will nun heute ganz dahingestellt sein lassen, ob dieses Anwachsen des Automobilparkes in Berlin zu begrüßen ist oder nicht. Für den, der sich ein Automobil leisten kann, ist es zweifellos etwas sehr Schönes. Aber dieses Anwachsen der Zahl der Automobile hat auch seine Schattenseiten.

Es ist ja noch gar nicht allzulange her, daß wir uns hier in der Stadtverordnetenversammlung sehr eingehend über die zahlreichen Unfälle unterhalten haben, die namentlich durch die Automobile in unserer Großstadt hervorgerufen werden. Besser ist es seitdem nicht geworden, trotzdem uns vom Magistratstisch aus allerlei Maßnahmen angekündigt worden waren, die die Zahl der Unfälle herabmindern sollten. Ich darf daran erinnern, daß z.B. die Pflingstchronik der Unfälle, die durch Automobile und Motorräder hervorgerufen worden sind, geradezu erschütternd gewesen ist.

Ich will mich heute jedoch mit einer andern Schattenseite des Anwachsens der Zahl der Automobile beschäftigen, auf der wir in unserer Anfrage hingewiesen haben, das ist die Verpestung der Luft durch diejenigen Inhaber oder Fahrer von Automobilen und Motorrädern, die entweder ihre Wagen nicht zu behandeln verstehen oder in gewissenloser Weise sich ein Vergnügen daraus machen, die Berliner Bevölkerung zu reizen und zu ärgern.

Es ist eine unerhörte Plage, dadurch hervorgerufen, daß in vorschriftswidriger Weise, was durchaus vermeidbar ist, die Auspuffrohre der Automobile und Motorräder offen gelassen werden und durch die ausströmenden Abgase die Luft verpestet wird. Fast jeder Kraftwagen, den wir hier in der Großstadt fahren sehen, hinterläßt eine dicke Fahne giftiger, stinkender Gase, die

das Publikum einzuatmen genötigt ist. Das können wir nicht nur in den belebten Straßen beobachten, sondern auch in abgelegenen Straßen, wenn dort nur einigermaßen der Fahrdamm für die Automobile befahrbar erscheint.

Diese Verbrennungsprodukte sind naturgemäß außerordentlich gesundheitsschädlich. Der Kohlenoxydgehalt dieser Abgase ist stark gesundheitsschädlich, und ich habe neulich schon bei den Beratungen unseres Gesundheitsetats im Haushaltsausschuß das Interesse unseres Stadtmedizinalrats auf diese Frage hingelenkt. Ich durfte aus seiner Zustimmung entnehmen, daß er dieser ungeheuren gesundheitlichen Gefahr seine besondere Aufmerksamkeit widmen wird. Ich brauche doch nur auf die Kinder hinzuweisen, die gerade jetzt in der wärmeren Jahreszeit sich spielend auf den Straßen aufhalten, die nicht hinauspilgern können, die dauernd, fast den ganzen Tag über, diese giftigen Gase einatmen müssen und ihre Lungen auf diese Weise zugrunde richten.

Ich weiß ja noch nicht, wer für den Magistrat unsere Anfrage beantworten wird. Jedenfalls hoffe und wünsche ich, daß der Herr Stadtmedizinalrat sich dieser gesundheitlichen Seite der Frage besonders annimmt.

Meine Damen und Herren! Als ich heute den Saal betrat, wurde mir ein Brief von einem bekannten Mitgliede des Reichswirtschaftsrates überreicht, der mich darauf aufmerksam macht, daß die Stadt Berlin sich auch die Reinhaltung der Ausflugswege von der gausamen Staubbelastung angelegen sein lassen möchte. Diese Ausflugswege werden von den Automobilisten mit Vorliebe benutzt. Aber von den Staubwolken werden diejenigen, die sich in Gottes freier Natur ergehen wollen, außerordentlich belästigt. Es wird nun in dem Briefe vorgeschlagen, daß eine Reihe von beliebten und viel begangenen Straßen, auch die Umgegend von Kinderspielplätzen, für den Kraftwagenverkehr verboten werden möchte, denn es bliebe für sie noch Fahrgelegenheit genug. Besonders von Sonntagsfahrern werden solche Straßen bevorzugt, um das Gefühl großer persönlicher Wichtigkeit zu haben. Man lege ihnen doch dies Handwerk zum Segen von hunderttausenden Berlinern.

Meine Damen und Herren! Ich darf dann auf eine zweite Gefahr hinweisen, die durch viele Automobile verursacht wird: An den Halteplätzen der Automobile sehen wir ein Geschmiere von Oel und Fetten in einer so widerlichen Art, daß wir dringend bitten müssen, die Stadtverwaltung möge dafür Sorge tragen, und angehalten werden, derartige Schmierereien zu unterlassen oder wieder zu beseitigen. Die Gefahr des Ausgleitens auf diesen fettigen und öligen Stellen ist außerordentlich groß. Man muß sich wundern, daß nicht schon erhebliche Unfälle passiert sind. Hausbesitzer und Mieter sind auch keineswegs erfreut, wenn vor ihren Häusern derartige Oelpfützen stehen, die natürlich auch ästhetisch unangenehm wirken.

Dann noch ein Drittes, worauf ich aufmerksam machen möchte. Wir haben in unserer Anfrage auch zum Ausdruck gebracht, daß durch die Automobile, insbesondere durch die Motorräder, ein ungeheurer Lärm hervorgerufen wird; bei den Automobilen durch ihr gräßliches Hupen in den verschiedensten Dur- und Moll-Tonarten, bei den Motorrädern aber ganz besonders durch das ekelhafte Knattern, das geeignet ist, Kranke, die das hören müssen, zu erschrecken. Selbst Gesunde empfinden es als eine Pein, wenn sie sich in der Nähe eines solchen knatternden Motorrades befinden.

Das alles sind Tatsachen, die geeignet sind, die Gesundheit von hunderttausenden Berliner Bürgern auf das ernsteste zu gefährden. Es geht doch nicht an, daß wir auf der einen Seite ungeheure Mittel – erfreulicher Weise im neuen Etat ja in steigendem Maße – anwenden zur Bekämpfung gesundheitlicher Schäden, während wir auf der andern Seite sehen, wie hier ernste Schädigungen von Menschenleben vorliegen. Wir wollen uns doch vor Augen halten, daß viele, viele arbeitsame Bürger Berlins den Weg von der Wohnung zur Arbeitsstätte und zurück als die einzige Gelegenheit am Tage betrachten können, um überhaupt frische Luft zu schnappen, und wir sollten dafür eintreten, daß diese arbeitsamen Bürger geschützt werden.

(Sehr richtig!)

Ich darf hier aus dem Brief, den ich vorhin erwähnt habe, noch anführen, daß darauf hingewiesen wird, daß auch die Schornsteine innerhalb der Stadt teilweise einen so unerträglichen Rauch entwickeln, daß dadurch ebenfalls die Luft in schrecklicher Weise verpestet wird.

Wir fragen daher den Magistrat, was er unternommen hat, um diese unerhörten Zustände zu beseitigen. Ich betone ausdrücklich das Wort "beseitigen", denn mit einer Milderung dieser Zu-

stände würden wir uns nicht begnügen können. Wir fragen ferner, ob die bestehenden polizeilichen Maßnahmen auch wirklich zur Anwendung gebracht werden. Falls die polizeilichen und sonstigen Maßnahmen und Vorschriften unzulänglich sind, fragen wir, was der Magistrat unternommen hat, daß die polizeilichen Vorschriften verschärft werden, um wirklich durchgreifend danach handeln zu können.

Ferner: Was kann und darf vor allen Dingen im Rahmen der bestehenden gesetzlichen und polizeilichen Vorschriften der Einzelne tun? Ich bin der Ueberzeugung, daß in diesen Kämpfen nicht allein die Stadt, der Magistrat und die Polizei die Führung zu übernehmen haben, sondern ich möchte einen Appell insbesondere an die Berliner Bevölkerung selbst richten, daß sie zur Selbsthilfe schreitet und dazu beiträgt, daß Fahrer, die die Luft verpesten und die Bevölkerung gesundheitlich gefährden, zur Anzeige gebracht werden, damit diese Fahrzeuge aus dem Berliner Verkehr unverzüglich herausgezogen werden können. Es gibt eine ganze Reihe von Großstädten, auch im Auslande, bei denen es schon eingeführt ist, daß solche Automobile einfach sofort rücksichtslos aus dem Verkehr herausgezogen werden. Ich glaube, daß solche energische Maßnahmen auch in Berlin geeignet sein dürften, hier zu einer Besserung zu gelangen. Jedenfalls haben wir alle ein Interesse daran, daß diese unerhörten Zustände beseitigt werden, und wir alle wollen daran mitarbeiten, daß Berlin aus dem schlechten Geruch, in den es sowieso seit einiger Zeit gekommen ist, allmählich wieder herausgebracht wird.

(Heiterer Beifall.)

Vorst. Hass: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort der Herr Stadtbaurat Dr. Adler.

Stadtbaurat Dr. Adler [4]: Meine Damen und Herren! Wir sind schon seit langem bemüht, im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege gegen die übermäßige Rauchentwicklung der Schornsteine sowie gegen die schädlichen Auspuffgase der Kraftfahrzeuge vorzugehen. Während aber auf dem Gebiete der Rauchbekämpfung im letzten Jahre eine wesentliche Verbesserung eingetreten ist, waren unsere Bemühungen in der Abgasebekämpfung nur von teilweisem Erfolg begleitet. Ich möchte daher etwas näher auf die Gründe eingehen. Die Ursachen für die Ausdünstungen dieser übelriechenden Gase sind folgende:

Erstens kommt in Frage die unsachgemäße Behandlung der Motoren durch die Chauffeure und die unrichtige, übermäßig reichliche Schmierung, wodurch eine unvollkommene Verbrennung hervorgerufen wird, die sich durch diese schwarzen Abgase kennzeichnet.

Zweitens liegt es an der nicht rechtzeitigen Instandsetzung der Motoren durch die Besitzer. Ein Motor soll etwa nach einer Leistung von 15 bis 20.000 Kilometern außer Betrieb genommen werden, um die Zylinder auszuschleifen und die Kolben anzupassen. Das geschieht leider nur zum geringsten Teile. Dadurch treten unreine und übelriechende Gase auf.

Drittens sind es die minderwertigen Brennstoffe. Diese sind inzwischen gegen früher etwas besser geworden. Es werden leider sehr viele ganz billige Brennstoffe verwandt, die solche Gase verursachen und die auch besonders durch diesen schwarzen Rauch sich kennzeichnen zum Unterschiede von dem blauen Rauch, der durch die übermäßige Schmierung hervorgerufen wird.

Technisch lassen sich alle diese drei Mängel auf das allermindeste Maß herabsetzen. Darüber sind wir uns vollkommen klar. Leider sind aber in der Verordnung, die diese Verhältnisse zu regeln hat, und zwar in der Verordnung über den Kraftwagenverkehr vom 15. März 1923, vom Reichsverkehrsministerium Ausnahmen gestattet, d.h. es ist dort verboten, übelriechende Gase zu entwickeln, aber es heißt ausdrücklich in der Verordnung: Uebelriechende Gase können auftreten beim Anfahren, beim Umschalten, beim Fahren von Steigungen usw. Diese Ausnahmen, die in der Verordnung enthalten sind und die zur Zeit der Inflation eingeführt wurden, öffnen der Rechtsprechung Tür und Tor. Tatsache ist, daß alle Autoführer, wenn sie zur Verantwortung gezogen werden, sich auf diese Lücke des Gesetzes berufen. Wenn dann die Leute noch dazu an den Richter herantreten, werden sie im allgemeinen freigesprochen. Es ist ganz charakteristisch, daß wir einzelne Gerichtsbezirke in Berlin haben, die immer die Chauffeure freisprechen, in nenne Neukölln und Wannsee. Das ist eine alte Tatsache und ich möchte zur Erläuterung eine Zahl nennen: Durch unser Einschreiten gegen diese Rauchentwicklung sind im ersten

Vierteljahr 1925 nicht weniger als 1581 Autos zur Meldung gekommen, an sich eine große Zahl, aber bestraft wurden nur 75,

(Hört, hört!)

und zwar eben aus den Gründen, die ich schon anführte. Nun kann ich aber erfreulicherweise mitteilen, daß dank unserer Bemühungen eine Aenderung dieses unvollkommenen Gesetzes bereits in die Wege geleitet ist, daß ein Entwurf des Reichsverkehrsministeriums bereits an die Länder gegangen ist zum Zwecke der Zustimmung und daß diese Vorlage voraussichtlich in den nächsten Wochen schon an den Reichsrat gelangen wird. Jedenfalls wird im Verkehrsministerium angenommen, daß die Aenderung dieses Gesetzes innerhalb von zwei Monaten in Kraft treten wird.

Nun aber ein anderer Grund – und das ist der Hauptgrund –: Bei der Polizei vergehen zwischen der Meldung eines Chauffeurs und der Vorladung gewöhnlich 2 bis 3 Wochen. Das ist natürlich ein viel zu großer Zeitraum. Wenn man sich an die Polizei wendet und fragt, warum so lange Zeit vergeht, dann heißt es: Wir haben zu wenig Beamte, wir haben im vorigen Jahre über die Hälfte abgegeben, wir können es einfach nicht. Aber auch hier kann ich mitteilen, daß nach nunmehriger Zusage des Polizeipräsidiiums eine Besserung zu erwarten ist. Wenn ein Fahrer angezeigt wird, daß er übelriechende Gase entwickelt hat, dann geht es nicht, daß er erst nach 3 Wochen sein Auto vorführt, sondern das muß in den ersten zwei bis drei Tagen der Fall sein. Schließlich möchte ich noch erwähnen, daß eine weitere Ursache hier in Deutschland in der Fabrikation der Autos, also in dem Bau der Motoren liegt, die zum Teil zurückgeführt ist auf die Besteuerung, und zwar auf die vielleicht nicht ganz richtige Art der Besteuerung der Kraftwagen. Die Besteuerung geht hier zum Unterschied von anderen Ländern von der Leistung der Motoren aus und nicht, wie in Amerika, vom Gewicht. Dadurch werden die Motoren raschlaufend gebaut lang und schmal, und die Schmierung ist außerordentlich schwierig. Wir können im Berliner Verkehr feststellen, daß es fast immer nur deutsche Wagen sind, die zur Meldung kommen, bei auswärtigen Fabrikaten sind solche Rauchentwicklungen selten festzustellen.

Nun die zweite Sache, die Geräusche: Die starken Geräusche kommen, wie hier schon ausgeführt wurde, vor allem von den offenen Auspuffklappen, und es wurde hier schon angeführt, daß vor allem die Motorräder so viel Lärm machen. Es ist eine alte Tatsache, je kleiner das Fahrzeug ist, desto größer ist der Krach. Das kommt aber wieder aus der Lücke im Gesetz, und zwar davon, daß in dem Gesetz vom 15. März 1923 wie auch in dem früheren vom 3. Mai 1909 die Motorräder überhaupt nicht erfaßt werden, d.h. es kann in Berlin ein jedes Motorrad fahren wie es will. Kein Kennzeichen, kein Führerschein, keine Zulassung

(Zuruf: Nur die leichten!)

Das sind die meisten, das ist der größte Teil der Motorräder, die diesen Krach machen. In dieser Aenderung, die jetzt dem Reichsrat vorliegt, soll aber auch vorgesehen sein, diese Motorräder zu erfassen, und dann wird auch hier eine Besserung eintreten. Aber schon jetzt, und zwar, seit dem 1. Juni d. Js., ist die Polizei bemüht, durch Streifen solche knatternden Motorräder sofort festzustellen, die Leute sogar vom Rad herunterzuholen und das Rad abzuführen. Es sind mir eine ganze Reihe von Fällen in den letzten Tagen diesbezüglich mitgeteilt worden. Ich nehme an, daß wir durch dieses rigorose, ich möchte fast sagen schikanöse Vorgehen eine Besserung erwarten können.

(Stadtv. von Eynern [5]: Die schikanieren uns!)

Wir hoffen, daß durch diese Maßnahmen, wie sie die Rauchbekämpfung betreffen, durch eine Aenderung des Gesetzes, durch ein schärferes Eingreifen der Polizei, durch eine Aenderung der Besteuerungsformel und dadurch, daß schließlich durch die Verordnung, die die Kraftwagen betrifft, auch die Motorräder erfaßt werden, tatsächlich eine Besserung erreicht werden wird. Wir möchten das im Interesse der Bevölkerung auf das lebhafteste wünschen.

Vorst. Haß: Von Herrn Rintorf ist die Besprechung der Anfrage beantragt. Dieser Antrag bedarf der Unterstützung durch 15 Mitglieder. Wer also für die Besprechung ist, bitte ich, eine Hand zu erheben.

(Geschieht.)

Die Unterstützung reicht aus. Das Wort hat der Herr Stadtv. Rintorf.

Stadtv. Rintorf [6]: Meine Damen und Herren! Die Stellungnahme meiner kommunistischen Freunde zu dieser Anfrage, die vollständig berechtigt ist, von der wir aber nicht glauben, daß der Magistrat das, was sie fordert, erfüllen wird und kann, gibt uns doch Veranlassung, kurz folgendes zu erklären:

Herr Streiter, Sie sind eigentlich mit Ihren Parteifreunden nicht die berufenen Vertreter, um diese Anfrage zu stellen.

(Lachen rechts.)

Denn Sie vertreten ja gerade die kapitalistischen Kreise, denen die Autos und die ganzen industriellen Werke zur Verfügung stehen, die unsere Luft hier in Berlin verpesten.

(Stadtv. Dr. Caspari [7]: Sehen Sie sich doch einmal an, wer Sonntags draußen fährt!)

Ja, wer fährt draußen? Ich bin draußen gewesen, Herr Dr. Caspari, das war eine Schweinerei, wie man beinahe überfahren wird durch die wahnsinnigen Kerle, denen diese Autos gehören und die ihre Chauffeure zum rasenden Fahren anspornen.

(Zuruf: Durch die Chauffeure!)

Meine Damen und Herren! Sie sind die Besitzer

(Lachen rechts.)

und darum ist Ihre Anfrage eine glatte Heuchelei.

Stadtv. Klose [8]: Meine Damen und Herren! Von dem Herrn Fragesteller ist darauf hingewiesen worden, daß wir uns des öfteren mit der Unfallgefahr, hervorgerufen durch die Kraftfahrzeuge, zu beschäftigen haben. Nach Ansicht des Herrn Fragestellers ist eine Aenderung nicht eingetreten. Ich bin leider in der unglücklichen Lage, diese Ausführungen des Herrn Fragestellers bestätigen zu müssen. Man kann beinahe zu der Ueberzeugung kommen, daß die Unfallgefahr in der letzten Zeit noch gestiegen ist. Doch ist es ja heute nicht unsere Aufgabe, zu der Unfallgefahr Stellung zu nehmen, sondern heute stehen die gesundheitlichen Gefahren zur Beratung. Nur gehen dabei die Herren Fragesteller genau so wie Herr Stadtbaurat Dr. Adler bei Beantwortung der Anfrage von falschen Voraussetzungen aus.

Wer die Entwicklung des Automobilverkehrs kennt und wer auf der anderen Seite die Ausbildung beobachtet, die bei den Kraftfahrern zu verzeichnen ist, der muß zu der Ueberzeugung kommen, daß nicht durch Anfragen und polizeiliche Maßnahmen diesem Zustand ein Ende bereitet werden kann, sondern daß andere Mittel ergriffen werden müssen, um diese Uebel zu beseitigen.

Es ist hier von dem Geschmiere an den Halteplätzen gesprochen und verlangt worden, daß die Verursacher dieses Geschmieres belangt werden sollen. Mit keinem Worte aber ist man darauf eingegangen, ob jedesmal der Kraftwagenführer der schuldige Teil dabei ist oder ob nicht die Mängel in der technischen Gestaltung des Fahrzeuges die Ursachen eines derartigen Geschmieres sind. Dasselbe trifft zu bei dem Gasauspuff und bei dem Radau.

Wenn nun gefragt worden ist, ob die polizeilichen Maßnahmen auch mit aller Strenge angewandt werden, um bessernd einzugreifen, so kann ich aus der Erfahrung heraus sagen, daß sehr oft die Polizei allzuscharf gegen die Kraftwagenführer, zum Teil auch gegen die Motorradführer, soweit Geschäftsräder in Frage kommen, Stellung nimmt, aber nicht die Betreffenden zur Rechenschaft zieht, die für die Fehler und Mängel in der technischen Gestaltung des Kraftfahrzeuges verantwortlich gemacht werden müssen. Ich verweise dabei auf Gerichtsverhandlungen, wo festgestellt worden ist, daß am Kraftfahrzeug ein technischer Mangel zu verzeichnen gewesen ist, aber das urteilende Gericht erklärt hat, der Kraftwagenführer wäre verpflichtet, mit einem Fahrzeug, welches sich nicht in Ordnung befindet, nicht vom Hof herunterzufahren, sondern die Fahrt zu verweigern.

(Stadtv. Dr. Caspari: Sehr richtig!)

Herr Dr. Caspari, Sie rufen "Sehr richtig". Ich möchte einmal sehen, wenn Sie einen Privatkraftwagenführer hätten und der würde, wenn Sie, Herr Dr. Caspari, irgendwie einmal am Sonntag mit der Familie eine Vergnügungsreise machen wollen, um den Ausflüglern die Luft zu verstärken und zu verpesten,

(Stadtv. Dr. Caspari: Ach du meine Güte!)

– das ist von Ihrem Herrn Kollegen gesagt worden, daß gerade die Privatautomobile den Ausflüglern durch die verstärkte und verpeste Luft das Vergnügen rauben –, wenn nun Ihr

Kraftwagenführer erklären würde: Der Wagen ist nicht in Ordnung und ich möchte mich nicht der Gefahr aussetzen, eine Polizeistrafe in Kauf nehmen zu müssen, ich fahre nicht damit. Dann würden Sie auch, wie viele andere Kraftwagenbesitzer, den Kerl Hals über Kopf hinauswerfen, ihn brotlos machen, weil er eben nicht Ihrer Anordnung Folge leistet.

(Stadtv. Dr. Caspari: Das würde mir nichts nützen!)

Es ist aber von dem Herrn Fragesteller mit keinem Wort auf die Motorräder eingegangen worden.

(Zuruf rechts: Doch!)

Nein, wenigstens nicht so, wie ich es erwartet hätte – es ist besonders die Frage der Motorräder, auf die Herr Stadtbaurat Dr. Adler eingegangen ist –. Einmal muß festgestellt werden, daß es eine zwingende Notwendigkeit ist, daß die Motorräder wieder dem Nummernzwang unterworfen werden,

(Stadtv. Dr. Caspari: Sehr richtig!)

und zwar aus dem ganz einfachen Grunde, weil durch das Fehlen des Nummernzwanges den Motorrädern jede Möglichkeit gegeben ist, sich der Kontrolle zu entziehen. Sie machen sich ein Vergnügen daraus, recht viel zu knattern und Radau zu verursachen, recht die Luft zu verpestet, weil ja keine Stelle in der Lage ist, den Betreffenden feststellen zu können, weil eben der Nummernzwang hier fehlt. Wenn der Nummernzwang bei den Motorrädern eingeführt würde, würde schon vieles gebessert werden können, weil dann eine bestimmte Vorsicht an den Tag gelegt werden müßte.

Wenn weiter von dem Herrn Stadtbaurat Dr. Adler auf die unsachgemäße Behandlung der Motoren hingewiesen worden ist, so möchte ich dabei darauf hinweisen, daß auch ich der Auffassung bin, daß nicht immer und in jedem Falle eine sachgemäße Behandlung der Motoren festzustellen und zu verzeichnen ist. Das liegt aber nicht an dem bösen Willen der Kraftwagenführer, sondern daran, daß wir eine Ausbildung von Kraftwagenführern haben, die jeder Beschreibung spottet.

(Links: Sehr richtig!)

Wie oft liest man: Berufswechsel innerhalb vier bis fünf Wochen durch Ausbildung als Chauffeur in dieser oder jener Fahrschule. Erst heute hatte ich Gelegenheit, an der Badstraße den Kraftwagen einer derartigen Fahrschule, besetzt mit 10 Personen, beobachten zu können. Ein Herr von ungefähr 55 Jahren führte den Wagen, und durch seine Ungeschicktheit wäre es beinahe zu einem Zusammenstoß mit einem Straßenbahnzug der Linie 23 gekommen. Im letzten Augenblick griff der Lehrmeister ein und verhinderte den Zusammenstoß in der letzten Minute. Wenn man den gesundheitlichen Gefahren zu Leibe gehen will, muß man dabei auch die Ausbildungsfrage der Kraftwagenführer mit in Erörterung stellen. Es muß verlangt werden, daß jetzt endlich einmal daran gegangen wird, eine gute und sachgemäße Ausbildung der Kraftwagenführer vorzuschreiben.

(Stadtv. Streiter: Sehr einverstanden!)

Am Bahnhof Gesundbrunnen fand gestern in später Nachmittagsstunde eine polizeiliche Kontrolle statt. In der Blochstraße waren aufgestellt ca. 6 Lastkraftwagen, ca. 8 bis 10 Personenkraftwagen und ungefähr 10 bis 12 Motorräder, wo sich die Führer zum Teil überhaupt nicht mit einem Führerschein ausweisen konnten oder aber der Führerschein nicht in der vorschriftsmäßigen Verfassung war. Wir sehen also wieder, daß die Ausbildung der Fahrer mit in Erörterung gestellt werden muß, denn es muß verlangt werden, daß nur Fahrer die Wagen führen, die eine sachgemäße Ausbildung zu verzeichnen haben und die sich auch im Besitz eines ordnungsmäßigen Führerscheins befinden.

Wenn weiter von minderwertigem Brennstoff gesprochen worden ist, so muß ich leider auch erklären, daß viele der gerügten Mängel auf die minderwertigen Brennstoffe zurückzuführen sind. Das ist aber nicht auf das Schuldkonto der Kraftwagenführer, soweit sie Berufsfahrer sind, zurückzuführen, sondern das liegt daran, daß die Kraftwagenbesitzer möglichst billig fahren wollen, – wollen betone ich ausdrücklich – und deshalb die minderwertigen Brennstoffe benutzen, aber nicht darauf achten, daß durch die minderwertigen Brennstoffe eine Verunreinigung der Motoren eintritt und sie dadurch ihre Betriebskosten wieder erhöhen.

Bei dieser Gelegenheit gestatte ich mir noch an den Magistrat die Frage zu richten, was bisher getan worden ist, um den Anträgen und Eingaben der Berufsorganisationen der Berliner Kraft-

wagenführer Rechnung zu tragen, die ebenfalls das Uebel erkannt haben, das vielem abgeholfen werden muß, die aber den Kern der Sache erfassen und sagen, es muß verlangt werden, um den Unfall- und gesundheitlichen Gefahren zu begegnen, daß eine sachgemäße Ausbildung der Kraftwagenführer durchgeführt wird. Am 13. Mai d. Js. Richtete der Deutsche Verkehrsbund als Berufsorganisation der Kraftwagenführer an den Magistrat der Stadt Berlin eine Eingabe und verlangte, daß man endlich einmal an die Errichtung von Fahr- und Fachschulen für die Kraftfahrzeugführer herangeht. Ich möchte bei dieser Gelegenheit den Magistrat an diese Eingabe erinnern und ihm sagen, daß, wenn er wirklich den gerügten Mängeln wirksam entgegenzutreten will, er das nicht nur mit polizeilichen Maßnahmen machen kann, die sich in erster Linie gegen die Kraftwagenführer richten, sondern in allererster Linie muß dafür gesorgt werden, eine fachgemäße Ausbildung zu erzielen. Auf diesem Wege, glaube ich, wird es möglich sein, den gerügten Mißständen entgegenzutreten zu können, und zwar wirksamer als es durch die Antragsteller bei ihrer Fragestellung heute verlangt worden ist.

Vorst. Haß: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist Punkt 8 der Tagesordnung erledigt. (...)

Anmerkungen:

1 Johannes Haß, 24.9.1873 Kiel - 7.11.1945 Berlin, Lithograph, Vorsitzender des Lithographenverbandes, von 1920-33 Stadtverordneter (StVO) der SPD, seit 1924 Stadtverordneten-Vorsteher. 1933 verlor er seine Arbeit und wurde im Juni verhaftet.

2 Der Antrag lautete: "Was gedenkt der Magistrat gegen die ständig zunehmende Vergiftung der Luft in Berlin durch Benzolgase und andere Ausdünstungen von Kraftfahrzeugen, ferner gegen den unerträglichen Lärm, den namentlich diese Verkehrsmittel hervorrufen, zu unternehmen? Berlin, den 13. Mai 1925. Von Eynern, Streiter und die anderen Mitglieder der Fraktion der Deutschen Volkspartei. St. V. 25. – B. VIII. 5." Vorlagen für die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin, 1925, Drucksache 390. Anfrage.

3 Georg Streiter, 14.12.1884 Berlin - Frühjahr 1945, Vorsitzender des (christlichen) Gewerkevereins der Krankenpfleger und Krankenpflegerinnen, Begründer der Gesellschaft für Krankenpflege. Stadtverordneter der Deutschen Volkspartei (DVP) 1919-1925, dort wie auch zeitweise im Reichstag oder Preußischen Landtag gesundheitspolitischer Sprecher seiner Partei. Nach "Gleichschaltung" seiner Verbände 1933 ging er 1935 zum Deutschen Roten Kreuz und wurde dort 1944 wegen Vermittlung von Botschaften Kriegsgefangener verhaftet. Im Frühjahr 1945 an unbekanntem Ort, vermutlich Sachsenhausen, erschossen.

4 Leonhard Adler, Stadtbaurat, 4.8.1882 Mailand - 16.7.1965 Mailand, Ingenieur. 1920 – 1932 [besoldeter] Stadtrat, Stadtbaurat für Verkehr, parteilos, gewählt auf Vorschlag und mit den Stimmen von USPD und SPD, später, da Katholik, häufig dem Zentrum zugerechnet. 1933 nach Italien, später Tripolis emigriert. Wegen seiner jüdischen Herkunft und seiner Mitarbeit im "roten Berlin" wurden ihm und seiner Familie die 1920 erworbene deutsche Staatsbürgerschaft und die Pension entzogen.

5 Hans von Eynern, 10.10.1874 Barmen - 1957 Schevenborn bei Kiel, Jurist, Verwaltungsgewichtsrat a.D., StVO der DVP 1920-26, Fraktionsvorsitzender, gefürchteter Geschäftsordnungsdebatten-Redner. 1931 Austritt aus der DVP und deren Landtagsfraktion, 1933 Weggang aus Berlin, nicht verfolgt.

6 Hermann Rintorf, 17.1.1873 Berlin - 13.2.1946 Berlin, AOK-Angestellter, 1924 aufgrund der Abbauperordnung entlassen, 1920-1925 Stadtverordneter der USPD, später KPD. 1933 wurde ihm aus politischen Gründen das Ruhegehalt entzogen.

7 Wilhelm Caspari, 14.8.1874 Berlin -1937 Berlin, Kammergerichtsrat, später Senatspräsident, 1920-33 StVO der DVP, 1921-23 Stadtverordneten-Vorsteher, 1933 wegen seiner jüdischen Herkunft ans Amtsgericht versetzt, 1935 entlassen.

8 Karl Klose, 13.5.1883 Buchwald/Schlesien - 4.6.1955 Berlin (West), Angestellter im Transportarbeiter-Verband/Verkehrsbund, StVO der USPD und SPD 1921-25, 1926-33. Außer Verlust seiner Arbeitsstelle keine Verfolgung bekannt.

Erlebte Erinnerung

Regina Scheer folgt in ihrem Buch "Im Schatten der Sterne" den Spuren der Freundeskreise um Herbert Baum

Regina Scheer: Im Schatten der Sterne. Eine jüdische Widerstandsgruppe, Aufbau-Verlag Berlin, Berlin 2004, 478 Seiten, 24,90 €

Es ist ein ungewöhnliches Buch geworden, das Regina Scheer über "Eine jüdische Widerstandsgruppe" verfasst hat. Denn in diesem Buch finden sich für eine historische Abhandlung ganz ungewöhnliche Sätze, wie: "Die Frau, die mir öffnete, hielt eine Zigarette in der Hand." oder: "Ich fuhr von Pankow nach Charlottenburg (...)". In ihrer Darstellung der Widerstandskreise um Herbert Baum verwebt die Autorin ganz unterschiedliche erzählerische Ebenen: Erstens die soweit wie möglich rekonstruierbare Ereignisgeschichte der Freundeskreise um Herbert Baum, zweitens die Rezeption der Widerstandsgruppe Baum nach 1945 und in der DDR und schließlich drittens die Recherchen der Autorin selbst sowie ihre eigenen biografischen Bezüge zur Erinnerung an die Baum-Gruppe. So springt der Text zwischen den Genres der Dokumentation und der Reportage hin und her, was die Lektüre belebt, allerdings einige Male die Übersichtlichkeit der Darstellung beeinträchtigt. Eine klare Gliederung der möglichen Themen zu Widerstand und Rezeption ist in diesem Buch nicht zu finden. Die verschiedenen Themen ziehen sich durch alle Kapitel des Bandes hindurch. Wer etwas über die Rezeption der Baum-Gruppe in der DDR erfahren möchte, muss das gesamte Buch lesen. Das kann die Wirkung des Bandes beeinträchtigen. Wer eine lexikalische Auflistung der Namen des Baum-Kreises sucht, greift am besten weiterhin zum 1993er Ausstellungskatalog "Juden im Widerstand", herausgegeben von Wilfried Löhken und Werner Vathke. An Stelle einer sachlich komprimierten Darstellung legt Regina Scheer einen ganz subjektiven Bericht über ihre eigenen Recherchen vor. Sie schreibt aus der Ich-Perspektive und wird damit selbst zu einer Hauptakteurin des Bandes, tritt gewissermaßen zwischen die Protagonisten des historischen Geschehens in die Handlung mit hinein. Das mag zunächst als eine Schwäche des Buches erscheinen. Bedenkt man jedoch, dass Regina Scheers Darstellung zur Baum-Gruppe nicht die erste Abhandlung dieses Themas ist, dann erhält dieser ganz persönliche, subjektive Blick einen tieferen Sinn.

Die erste umfassende Darstellung zur Baum-Gruppe, die 1978 von Margot Pikarski im Militärverlag der DDR herausgegeben wurde, wartete noch mit klaren, politischen Bewertungen auf, etwa über den Brandanschlag am 18. Mai 1942 im Lustgarten:

"Es war eine Tat aufopferungsvoller Liebe und Freundschaft zu den Sowjetvölkern. Sie wurde getragen von der unerschütterlichen Gewissheit über die bevorstehende Niederlage des Hitlerregimes und den Sieg der Sowjetunion. Es war ein Verteidigungsakt junger Kommunisten, die wussten, Freundschaft zur Sowjetunion ist eine Lebensnotwendigkeit für das deutsche Volk." Dabei war die Anerkennung der Baum-Gruppe in der DDR lange Jahre nicht so positiv, wie diese Sätze es vermuten lassen. Nach einer ersten Gedenkfeier auf dem jüdischen Friedhof Weißensee 1949, nach der dortigen Aufstellung des Gedenksteines 1951 fiel die weitere Rezeption der Baum-Gruppe in jene antisemitische Strömung hinein, die von den Moskauer Ärzeprozessen über den Slansky-Prozess in Prag bis zur Flucht eines großen Teils der Ostberliner jüdischen Gemeinde am 16.1.1953 reichte. Und die wenigen Überlebenden des Baum-Freundeskreis sahen sich wegen ihres Überlebens der abstrusesten Verdächtigungen ausgesetzt, die in logischer Folge von der Tätigkeit für die Gestapo bis zum amerikanischen Geheimdienst reichten. Schließlich lebten 1952 in den Berichten der SED-Parteikontrollkommission die rassistischen NS-Ausdrücke wieder auf, wenn es etwa über einen Mitstreiter des Baum-Kreises hieß: "Richard Holzer ist Volljude (...)". Die Betroffenen versuchten mit Selbstkritik sich nachträglich von den behaupteten politischen und ideologischen Fehlern des Baum-Kreises zu distanzieren. Erst in den 1960er Jahren erfolgte allmählich eine Integration der Baum-Gruppe in den offiziellen Kanon des kommunistischen Widerstandes. Regina Scheer hat das 1967 vor der Neuen Wache, beim Kampfpappell zum 25. Jahrestag des Brandanschlags als FDJ'lerin selbst miterlebt.

Von nun an gab es viele Ehrungen, sogar ein Trawler der Fischereiflotte erhielt den "Ehrentnamen Herbert Baum". Die Überlebenden wurden Repräsentanten ihrer Geschichte. Diese "Überlebenden der Widerstandsgruppe" erklärten dann auch im Oktober 1977 im Vorwort des Pikarski-Bandes: "Die antifaschistische Widerstandsgruppe unter Leitung von Herbert Baum (...) war ein untrennbarer Bestandteil der von der KPD geführten deutschen Widerstandsbewegung gegen das Naziregime."

Auf solche eindeutigen Urteile verzichtet Regina Scheer ganz bewusst. Ihnen hält sie die fortschreitende Isolation jüdischer Kommunisten in der illegalen Parteiorganisation gegenüber, die schließlich auch im kommunistischen Widerstand zur Segregation führte. Für die Autorin waren die Freundeskreise um Herbert Baum weder kommunistische Parteizellen noch jüdische oder zionistische Gruppen. Sie waren von allem etwas und vor allem durch die rassistische Diskriminierung ihrer jüdischen Herkunft zunehmend isoliert und auf der Suche nach Gemeinschaft und geistigem Austausch. Sie sahen sich zurückgeworfen auf ihre jüdische Herkunft, auch wenn in den meisten ihrer Familien das Jüdischsein keine große Rolle gespielt hatte. Seit 1933 musste sich ihr Leben gezwungenermaßen unter jüdischem Vorzeichen abspielen. Vor allem waren sie Jugendliche und junge Erwachsene, die ein freies Leben führen und sich entwickeln wollten: "Ich bin ja noch so jung und möchte so gerne leben!" Diesen Satz soll Hilde Loewy in die Zellenwand im Untersuchungsgefängnis Moabit geritzt haben, wo sie am 4. August 1942 ihren zwanzigsten Geburtstag erlebte. Am 2. Dezember 1942 unternahm sie dort sogar einen zum Scheitern verurteilten Fluchtversuch. Die Sehnsucht nach Leben ließ die meisten des Baum-Kreises Gnadengesuche stellen, was später in der DDR verheimlicht wurde. Ideologische Parteitreu und die strenge Disziplin der illegalen Arbeit lag den meisten des Baum-Kreises fern. Aber genau das hatte die offizielle Geschichtsschreibung der DDR formuliert. Regina Scheers Darstellung gehört deshalb in den Kontext einer Korrektur dieser lange Zeit vermittelten Klischees vom antifaschistischen Widerstand hinein. Ihr Buch gibt dem jugendlichen Widerstand der Freundeskreise um Herbert Baum sein menschliches Antlitz zurück. Dieser Widerstand kannte auch Schwächen, wenn etwa Herbert Baum, Heinz Birnbaum und Werner Steinbrinck sich als Gestapo ausgaben und zur Geldbeschaffung eine wohlhabende jüdische Familie beraubten. Auch das wurde lange Zeit verschwiegen und "das Nichtausgesprochene (...) schafft Legenden, nährt die Lügen, kränkt die Wahrheit", wie die Autorin sehr richtig bemerkt.

Der Leser kann "Im Schatten der Sterne" sehr wohl auch als eine späte, aber sehr notwendige Antwort auf den 1978er Pikarski-Band verstehen. Zur Hauptprotagonistin ihres Buches wählt sich Regina Scheer ausgerechnet eine junge Frau aus, über die es 1978 bei Pikarski nur geheißen hatte: "waren über (...) Edith Fraenkel (...) nur äußerst spärliche Angaben erreichbar". Regina Scheer folgte diesen "spärlichen Angaben" und konnte im Laufe ihrer Recherchen eine ganze Reihe von noch unbekanntem Quellen erschließen. So fanden sich Briefe aus Schultagen und Zeitzeugenberichte, die Edith Fraenkel sogar noch am Tag ihrer Deportation von Theresienstadt nach Auschwitz im Oktober 1944 gesehen hatten. Dabei entsteht ein vielschichtiges Bild einer jungen Frau, die bis zuletzt, auch im Angesicht der unheimlichen Deportationen, versuchte, eine Lebensperspektive für sich zu entwickeln. Durch den Besuch einer anthroposophischen Schule vermittelt war Edith Fraenkel (8.2.1922 Berlin – Oktober 1944 Auschwitz) dem Geistigen gegenüber sehr aufgeschlossen und gelangte aus ihrem Interesse an Literatur und Philosophie zu den Diskussionen des Baum-Kreises hinzu. So kann Regina Scheer sehr eindrucksvoll zeigen, dass nicht nur der Wille zum Widerstand, sondern auch die Sehnsucht nach dem sozialen Kontakt und dem intellektuellen Austausch die jungen Menschen des Baum-Kreises zusammenhielt. Nach dem Brandanschlag im Mai 1942 geriet auch Edith Fraenkel in den "Strudel der Verhaftungen" hinein, und auch die glimpfliche Zuchthausstrafe von fünf Jahren konnte sie vor der Deportation nicht schützen. Dabei hatte ihr Mann, Harry Cühn, der von Regina Scheer als Robert Mohn anonymisiert wird, durch seine guten Beziehungen sie noch auf die vermeintlich sicherere Theresienstadt-Liste bringen können. Auch Robert Mohn (Harry Cühn) gehörte zum Baum-Kreis entfernt hinzu und hatte zusammen mit seiner Frau an einigen Treffen teilgenommen. Durch seine guten Beziehungen, als Geringbelasteter und durch glückliche Umstände blieb ihm die Verfolgung erspart. Er konnte sogar noch im Versteck einer Gartenlaube die letzten Monate der NS-Diktatur überleben. Regina Scheer spürte Robert Mohn in West-Berlin auf. Die Begegnung

gen mit ihm, seine Berichte und die allmähliche Offenbarung seiner eigenen Biografie werden zum zweiten Haupterzählungsstrang des Buches und reichen bis zum letzten Besuch kurz vor seinem Tod 1994. Darin eingebettet wird die Ereignisgeschichte des Baum-Kreises. Die Verhaftungswellen schildert Regina Scheer auf der Grundlage der Prozessakten des Volksgerichtshofes. In nüchterner Sachlichkeit verdeutlicht sie, mit welcher Härte auch die entferntesten Freunde, Bekannten und Helfer der Verfolgten von der Gestapo unerbittlich gejagt wurden: "Jeden, den er [Felix Heymann] um Hilfe bat, bat er damit, sein Leben aufs Spiel zu setzen. (...) Fast jeder, der einem aus der Baum-Gruppe half, fand am Ende dafür den Tod." Auf dieser Grundlage kann die Autorin die vergeblichen Versuche von Lotte Paech, Martin Kochmann und Felix Heymann, den Verhaftungen unerkannt zu entgehen und in Verstecken zu überleben, genau rekonstruieren. Damit erzählt sie das Protokoll eines menschlichen Dramas. Denn die Flüchtenden waren zum Scheitern verurteilt, weil sie Menschen waren und auch in der Situation ihrer Flucht Zuwendung und Kontakt benötigten. Ihr Anlaufpunkt, Rita Meyers Kochstube, geriet zur Gestapo-Falle. Der Leser erfährt mit Erschrecken, dass in den Akten selbst die Rasierklinge, mit der sich Felix Heymann in der Haft versuchte, die Halsschlagader aufzuschneiden, dokumentiert ist.

Trotz aller Recherchen, der Aktenstudien und der Zeitzeugenbefragungen, kann auch Regina Scheers Band die wesentliche Frage, wie die Gestapo der Baum-Gruppe auf die Spur kam, nicht beantworten. Belege für die These, dass Joachim Franke ein Provokateur war, fanden sich nicht. Der Verdacht gegen diesen, am Brandanschlag Hauptbeteiligten führte nach 1945 dazu, dass seine Witwe, trotz eigener Haftzeit, in der DDR nicht als NS-Verfolgte anerkannt wurde. Auch ihre Spuren hat Regina Scheer bei ihren Recherchen aufgenommen, auch die des zweiten Mannes. Aber "warum sollte ich ihn mit der Vergangenheit seiner Frau verfolgen?", fragt die Autorin schließlich, sich der Grenzen der Rekonstruierbarkeit von Geschichte bewusstwerdend. Dass Regina Scheer immer wieder ihre eigene Rolle als Historikerin reflektiert, im Text ihre eigenen Interessen und persönlichen Bezüge zum Thema offen legt, ist eine große Stärke des Bandes. Eben gerade im Unterschied zu Margot Pikarski werden keine Gewissheiten präsentiert, wo es nach dem Tod der letzten Zeitzeugen und auf der Grundlage von Gestapo-Akten und VGH-Urteilen keine Gewissheiten mehr geben kann. Mit dieser Niederschrift der im wahrsten Sinne erlebten Erinnerung verdeutlicht die Autorin die Relativität der Erinnerung, dass auch Zeitzeugenberichte vielfältigen Einflüssen und retrospektiven Einsichten unterliegen und nur in seltenen Fällen die tatsächlichen Ereignisse direkt widerspiegeln. Ihre Fragen an Berichte und Dokumente füllen ganze Textabsätze, so dass die Autorin wiederum verdeutlicht, dass einzelne Zeugnisse eher neue Fragen aufwerfen, als dass sie vorhandene Fragen beantworteten.

Um den Leserinnen und Lesern eine Vorstellung von der existenziellen Situation der einzelnen Beteiligten des Baum-Kreises zu geben, ruft die Autorin immer wieder sehr fundiert den historischen und auch den lokaltopographischen Kontext der Handlung in Erinnerung. Sie beschreibt Wege, Momente und Situationen und versucht mit dem Mittel einer eingefühlten Vorstellung auch die soziale und psychische Bedrohung fühlbar werden zu lassen. Damit gelangt Regina Scheer manchmal an den heiklen Rand einer emotionalisierten und literarisierten Geschichtsschreibung heran, die auch nicht frei von komischen Momenten ist, wenn die Autorin zum Beispiel die Linden am Berliner Lustgarten bereits am 18. Mai 1942 blühen und duften lässt. Auch ist diese eingefühlte Vorstellung der Autorin nicht ganz frei von Idealisierung, wenn sie zum Beispiel aus den Verhörprotokollen einen "durch nichts zu durchbrechenden Stolz herausliest". Aber im Unterschied zu einer instrumentellen Idealisierung, wie bei Pikarski, zeugt ein solcher Tenor vielmehr von der Intensität der Auseinandersetzung der Autorin mit ihrem Gegenstand, eine im wahrsten Sinne erlebte Erinnerung.

Martin Schönfeld

Rede des Chefs der Senatskanzlei, André Schmitz, anlässlich der Verlegung eines "Stolpersteines" im Gedenken an Martha Liebermann am 8. Juni 2005

Sehr geehrte Frau Professorin Grütters,
Sehr geehrter Herr Demnig
Mein Damen und Herren,

auch ich freue mich sehr, dass Sie alle gekommen sind.

Es ist schön, dass von heute an ein Stolperstein an die großartige Frau Martha Liebermann erinnern wird, über deren Leben uns gerade Frau Professor Grütters einiges berichtet hat. Alle, die hier am Max-Liebermann-Haus vorbeikommen, möge dieser Stolperstein zu einem kurzen Moment des Innehaltens animieren, zu einem Augenblick des Gedenkens, des Gedenkens an Martha Liebermann.

Seit 1996 in der Kreuzberger Oranienstraße die ersten Berliner Stolpersteine verlegt worden sind, ist daraus in unserer Stadt eine kleine Erfolgsgeschichte geworden.

In verschiedenen Berliner Bezirken liegen inzwischen mehrere hundert Stolpersteine, deutschlandweit sind es über 5000. Es gibt zwar noch einige Städte, die mit diesem so wichtigen Projekt wenig anfangen können, aber in den meisten deutschen Großstädten läuft es mit großem Erfolg.

So auch in Berlin. Und damit meine ich nicht nur die große Anzahl der hier verlegten Steine, sondern auch die große Resonanz, die große Akzeptanz, auf die sie stoßen.

In Berlin engagieren sich Schulklassen für die Verlegung eines Stolpersteins in ihrem Kiez. Da finden sich immer neue Paten, die diese wunderbaren Form des Gedenkens durch ihren persönlichen Beitrag an vielen Orten in unserer Stadt möglich machen. Und da gibt es eine große Schar von Personen, die sich für die weitere Verwirklichung des Projekts mit Kräften engagiert.

Auch dass Sie alle heute zu unserer kleinen Veranstaltung erschienen sind, zeigt mir, welche große Anerkennung das Projekt von Gunter Demnig in unserer Stadt genießt. Ich freue mich sehr, dass auch Sie, lieber Herr Demnig, heute hier sein können.

Vor einem Monat haben wir hier in unmittelbarer Nähe das Denkmal für die ermordeten Juden Europas eingeweiht. Es ist ein Denkmal, mit dem wir an unübersehbarem Standort im Zentrum der deutschen Hauptstadt an die Opfer des Holocaust erinnern wollen. Zugleich wollen wir damit deutlich zeigen, wie wichtig Demokratie, Freiheit und die Wahrung der Menschenrechte für uns sind.

Die Stolpersteine sind kleine Denkmale, aber mir persönlich mindestens genauso wenn nicht wichtiger. Auch sie erinnern an den menschenverachtenden Terror der Nationalsozialisten. Und auch sie mahnen uns, Verstöße gegen die Menschenwürde niemals mehr zuzulassen und unsere demokratischen Werte entschlossen zu verteidigen.

Aber die Stolpersteine sind eine etwas andere Form des Gedenkens. Sie holen uns in unserem Alltag ab, rücken die Erinnerung an die Opfer der Nationalsozialisten in unsere Lebensmitte, erzählen von Einzelschicksalen.

Es sind kleine Erinnerungsorte des Alltags, die uns genau dort begegnen, wo auch das Leben der nationalsozialistischen Opfer stattfand. Sie sind eine Form der sehr konkreten Erinnerung.

Denn meist sind die kleinen Gedenktafeln mit den eingravierten Namen und Schicksalsdaten auf dem Gehweg vor Häusern eingelassen, in denen die Menschen einst wohnten. In denen sie lebten, arbeiteten, träumten und lachten – bevor die Nati-



onalsozialisten begannen, sie auszugrenzen, zu demütigen, zu verfolgen und schließlich in eines der Konzentrations- und Vernichtungslager zu deportieren.

Allein in Berlin waren es insgesamt 35.000 Juden, die in 63 Transporten zu den verschiedenen Vernichtungslagern geschickt wurden. 117 Transporte mit 15.000 Juden gingen in das Ghetto von Theresienstadt.

Aber Zahlen sind abstrakt. Sechs Millionen ermordete Juden – wer kann sich das schon vorstellen...? Gunter Demnigs Stolpersteine aber setzen einzelnen Menschen ein Denkmal. Sie heben Namen aus der Anonymität heraus. Jeder Stein erzählt von einem Leben. Aber auch von einem Tod. Und so schaffen die Stolpersteine eine sehr persönliche, sehr individuelle, sehr leichten Form des Erinnerns. Sie lassen uns – Passanten und Anwohner – tatsächlich innerlich stolpern, sie provozieren einen Moment des Gedenkens und sie mahnen uns für die Zukunft.

Stolpersteine sind Denkmale von unten. Und das meine ich nicht nur im wörtlichen Sinne. Sie sind Denkmale von unten, weil ihre Verlegung sehr eng mit bürgerschaftlichem Engagement verbunden ist. Stolpersteine werden nicht "von oben" diktiert: Die vielen Stolpersteine in Berlin und deutschlandweit verdanken sich ihren zahlreichen Sponsoren und Paten. Sie verdanken sich Vereinen, Organisationen, Schulklassen und Einzelpersonen, die die Namen und Daten von NS-Opfern recherchieren und sich um Genehmigungen bemühen.

Sie verdanken sich auch engagierten Mitarbeitern in den Bezirken, die dafür die entsprechenden Türen öffnen. Allen, die hier in Berlin gemeinsam mit Gunter Demnig gegen das Vergessen arbeiten, sage ich herzlichen Dank.

Es sollen noch viel mehr Stolpersteine werden. Denn je mehr Stolpersteine es sind, desto schwerer dürfte es fallen, sich ihnen zu entziehen. Gunter Demnig hat uns versichert: Die Steine werden verlegt, solange Menschen Patenschaften übernehmen.

Für den Stolperstein zum Gedenken an Martha Liebermann habe ich die Patenschaft übernommen. Und ich bin sicher: Es werden noch viele weitere Paten folgen.

Besonders freue ich mich, Ihnen in diesem Zusammenhang heute einen Erfolg verkünden zu können: Die geplante Koordinierungsstelle für das Projekt Stolpersteine wird nun bald ihre Arbeit in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand aufnehmen können.



Dafür danke ich insbesondere der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, dem Kreuzbergmuseum und dem Bürgerverein Luisenstadt, die sich dafür gemeinsam stark gemacht haben. Der Senat wiederum hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass für diese Aufgabe zwei Mitarbeiterinnen aus dem Stellenpool gewonnen werden konnten. Berlin wird damit eine wohl deutschlandweit einmalige zentrale Anlaufstelle haben, die als Ansprechpartner für interessierte Spender fungiert und sich um alle wichtigen Fragen rund um die Stolperstein-Verlegungen kümmert. Allen an diesem Erfolg Beteiligten danke ich nochmals herzlich.

Zugleich geht mein Dank an die Stiftung Brandenburger Tor (und hier namentlich an Frau Professor Grütters) sowie an die Bankgesellschaft Berlin für die Ausrichtung unseres gemeinsamen Empfangs. Es freut mich sehr, dass Sie uns hier in den Räumen der Stiftung – und damit auch unserer Veranstaltung angemessen im Max-Liebermann-Haus – ermöglicht haben.

Foto Christine Fischer-Defoy

Zur Erinnerung an Frank Dingel (1950 - 2005)

Vor wenigen Wochen ist Frank Dingel gestorben. An der Gründung des Aktiven Museums und der Entstehung der *Topographie des Terrors* hatte Frank Dingel wesentlichen Anteil. Immer wieder hatte er mit seinen Kommentaren wesentliche Anstöße zu unseren Diskussionen beigegeben. Wir werden ihn sehr vermissen.

Statt eines Nachrufes drucken wir seine 1994 im Gedenkstättenrundbrief Nr. 63 erschienene Polemik zum Streit um die Berliner Straßennamen ab.

Neue Straßennamen braucht die Stadt?

Zum Abschlußbericht der Berliner "Unabhängigen Kommission zur Umbenennung von Straßen" – Eine Polemik

von Frank Dingel

Kann man einem Katholiken zumuten, in der Martin-Luther-Straße zu wohnen? Wenn es nach dem ehemaligen stadtpolitischen Sprecher der FDP Wolfgang Mleczkowski geht, wohl kaum. Denn Herr Mleczkowski findet es als liberaler Demokrat unerträglich, daß in Berlin eine Straße nach der sozialistischen Demokratin Rosa Luxemburg benannt bleiben soll. Die Kommission, immerhin, will Rosa Luxemburg als Straßennamen behalten. Dies ist auch das einzig Positive, was man zu diesem Bericht sagen kann.

Die Empfehlungen sind bis auf eine einmütig gefaßt worden. Die eine Ausnahme betrifft die Rückbenennung des Bersarinplatzes in Baltenplatz. Der intelligentere Teil der Kommission – Ella Barowsky, Laurenz Demps und Heinrich August Winkler – vermochte offenbar nicht einzusehen, daß es ein nachvollziehbares Verfahren ist, einem Platz seinen reaktionären Namen wiederzugeben, sich aber etwas anderes dabei zu denken (statt an Balendeutsche an Esten, Litauer und Letten), um so in den Stand politischer Unschuld zu gelangen. Allerdings wird dies im Minderheitenvotum so nicht ausgesprochen. Vielmehr wird eine formale Argumentation bevorzugt, die der inhaltlichen ausweicht und logisch eigentlich zur Selbstauflösung der Kommission hätte führen müssen. Die Umbenennung sei nämlich im Juli 1947, "also lange vor der Gründung der DDR, durch einen von Louise Schröder unterzeichneten Beschluß des (Gesamt-)



Frank Dingel und Christine Fischer-Defoy bringen ein Kommentierungsschild am Straßenschild Niederkirchnerstraße an.
Foto Jürgen Henschel

Berliner Magistrats" erfolgt. Es wird also statt auf die inhaltliche Argumentation, ob der erste sowjetische Stadtkommandant Berlins eine Platzbenennung verdient hätte oder nicht, allein auf die Legitimation durch Verfahren abgestellt. Woraus wir schlußfolgern dürfen, daß ein Bersarin, der erst durch eine Ostberliner Namensgebung nach der Spaltung zu Platzbenennungsehren gekommen wäre, bei der gesamten Kommission keine Chance gehabt hätte. Wenn aber das demokratische Verfahren das Kriterium ist: warum dann zentral gesteuerte Straßenumbenennungen, obwohl seit 1990 in den Ostberliner Bezirken dieselben rechtlichen Bedingungen bestehen wie in den Westberliner? Damit kommen wir zum Kern. Bestimmte Straßennamen passen der Kommission nicht. Sie müssen daher geändert werden ungeachtet der Tatsache, daß es die Mehrheit in den betroffenen Bezirksverordnetenversammlungen offenbar anders sieht. Die Kommission ist also gezwungen, inhaltlich zu werden. Zwei grundlegende Argumentationsstränge sind auszumachen: die Rückkehr zu den alten Straßennamen – hinter dieser Tendenz dürfte Prof. Laurenz Demps stehen – und die kapitalistisch-pluralistische Demokratie Bonner Prägung als Meßlatte für die Würdigkeit bzw. Unwürdigkeit einer Person, Namensgeber einer Straße zu werden. Für diese Position steht vermutlich Prof. Heinrich August Winckler.

Exemplarisch kann man diese grundlegenden Einstellungen am Vorschlag, die Clara-Zetkin-Straße in Dorotheenstraße rückzubenennen, studieren. Die Eloge auf Dorothea wäre dem "Goldenen Blatt" würdig: "Dorothea, die zweite Gemahlin des Großen Kurfürsten, verdankt Berlin die Dorotheenstadt. Sie entstand ab 1673 auf einem sumpfigen Ackergelände westlich des Lustgartens, das ihr der große Kurfürst als Hochzeitsgabe überlassen hatte." Sollte der Stadthistoriker Laurenz Demps hinter diesen Zeilen stehen, dann können wir hier den interessanten Vorgang beobachten, wie sich eine ehemals "rote Socke" preußisch-blau umfärbt. Gegen die adlige Dorothea hat die proletarische Clara wenig Chancen. Von der SPD über die USPD zur KPD gekommen, wagt sie am 30. August 1932 die Hoffnung zu äußern, noch Räte-Deutschland erleben zu dürfen. Und jetzt spricht vermutlich der Historiker der Weimarer Republik, Heinrich August Winckler: "Clara Zetkins Verdienste um die Frauenemanzipation in der Zeit vor 1914 werden durch ihr späteres Engagement für eine kommunistische Parteidiktatur nicht ausgelöscht, aber doch stark verdunkelt." Deswegen Daumen nach unten. Was hier abgestraft wird, ist nicht das Bekenntnis zu einer "kommunistischen Parteidiktatur", sondern die Unverfrorenheit, sich eine demokratisch-sozialistische Alternative zum 1918/19 erreichten sozialdemokratisch-bürgerlichen Parlamentarismus vorzustellen. Es steht ja außer Frage, daß sich auch eine Clara Zetkin geirrt hat, aber heißt die Konsequenz, in eine Zeit zurückzugehen, in der man Frauenemanzipation noch nicht einmal buchstabieren konnte? Oder um die nun auch nicht gerade geliebte Rosa Luxemburg zu variieren: die Fehler der kantigen Clara Zetkin sollten uns tausendmal lieber sein, als die huldvollen Wohltätigkeiten der liebevollen Dorothea.

Was heißt hier überhaupt Fehler? Die rundum fehlerlose Persönlichkeit, mit der man sich hundertprozentig identifizieren kann, sogar muß, war, dachte ich bislang, eine Konstruktion des stalinistischen Personenkultes. Unsere Kommission steht den stalinistischen Gralshütern in diesem Punkt allerdings in nichts nach. Wenn die Weltgeschichte das Weltgericht ist, dann betrachten sich die Kommissionsprofessoren offenbar als seine Stellvertreter auf Erden. Ad exemplum Karl Liebnecht: "Die Abwägung von historischen Verdiensten und historischer Schuld Karl Liebnechts hat die Kommission zu dem Vorschlag veranlaßt, den Namen Karl-Liebnecht-Straße für einen Teil der Straße ... beizubehalten, für den (anderen) Teil... aber eine Umbenennung vorzunehmen." Historiker als Vermessungsingenieure.

Von Schuld und Verdienst im Berliner Straßenbild – wo soll das nur hinführen! Nehmen wir z.B. die schon eingangs erwähnte, mehrere Kilometer lange Martin-Luther-Straße. Sagen wir, Luther hat aufgrund seiner Bibelübersetzung die Straße in voller Länge verdient. Da er aber zugleich die Christenheit gespalten hat, was wir heute angesichts der Herausforderung durch den islamischen Fundamentalismus nur als Schuld werten können, müssen wir ihm mindestens einen Kilometer aberkennen. Für seine antijüdischen Ausfälle müßten wir ihm eigentlich noch mehr aberkennen, lassen es aber, weil sonst die Steglitzer Parteifreunde von CDU und FDP Anstoß nehmen könnten. Seine Stellungnahme für die Fürsten und gegen die Bauern bringt ihm, so wie der Zeitgeist heute weht, wieder mindestens 500 Meter Straßenland ein, usw.

"Von der Parteien Haß und Gunst verzerrt, schwankt sein Charakterbild in der Geschichte" gilt nicht nur für Wallenstein. Wenn man Straßen nicht einfach durchnummerieren will, sondern sie nach Persönlichkeiten benennt, dann muß die Widersprüche nicht nur der Person, sondern auch ihrer Ideen und des von ihr evozierten historischen und politischen Kontextes aushalten können. Wie wenig die Kommission dazu in der Lage ist, soll an einem letzten Beispiel demonstriert werden: dem Vorschlag die Niederkirchnerstraße in "Am Preußischen Landtag" umzubenennen.

Als erstes fällt sofort auf, dass das "Demps-Prinzip" nicht angewandt wird, denn dann hätte der Vorschlag einer Rückbenennung in "Prinz-Albrecht-Straße" erfolgen müssen. Da aber Prinz-Albrecht-Straße gleichbedeutend mit Gestapo ist, wäre das Berliner Abgeordnetenhaus, das, zumindest in Teilen, um die Reputierlichkeit seiner Adresse besorgt ist, vom kommunistischen Regen in die faschistische Traufe gekommen. Man behilft sich, indem man zum "Talmi-Demps-Prinzip" greift: Historizität wird vorgespiegelt. Statt "Am Abgeordnetenhaus" soll es nun heißen "Am Preußischen Landtag", womit man zumindest dem reaktionären Gemüt signalisiere will, daß Preußen, wenn schon nicht als Staat, so doch als Straßenschild weiterlebt.

Die Chance, die hier vertan wird, wird gar nicht bemerkt. Auf der Niederkirchnerstraße – 1951 nach einer in Ravensbrück ermordeten kommunistischen Widerstandskämpferin benannt – steht ein, inzwischen unter Denkmalschutz gestelltes Stück Mauer. Hinter der Mauer liegt das Gelände des ehemaligen Reichssicherhauptamtes. Eine stärkere Verdichtung des historischen Problemknäuels Deutschland im 20. Jahrhundert ist kaum vorstellbar.

Zum Abschluß noch ein konstruktiver Vorschlag. Wenn von den vielen Doppel- und Dreifachnennungen bei Straßenbezeichnungen ausgerechnet der doppelt vorkommende Name Niederkirchner stört, dann sollte an der ehem. Prinz-Albrecht-Straße der Vorname hinzugefügt werden, und die Käthe-Niederkirchner-Straße am Prenzlauer Berg in Eva-Maria-Buch-Straße umbenannt werden. Dies wäre eine Reverenz gegenüber dem Widerstand aus religiöser, hier katholischer Überzeugung. Daß Eva-Maria Buch als Mitglied der "Roten Kapelle" hingerichtet wurde, die gemeinhin als kommunistische Gruppe eingestuft wird, wäre ein weiterer Grund darüber nachzudenken, ob das Denken in Schubkästen wirklich weiterhilft.

Redaktionelle Anmerkung:

Die Kommission ist vom Berliner Verkehrssenator (!) berufen worden und hat ihren Bericht im Frühjahr 1994 erstellt. Mitglieder der Kommission waren die Professoren Dr. Arnulf Baring, Dr. Laurenz Demps, Dr. Christoph Stözl, Dr. Heinrich August Winkler sowie Dr. Ella Barowsky, Dr. Ursula Besser und Peter Matz.

Das Foto zeigt Frank Dingel (links) und Klaus Hesse am Martin-Gropius-Bau, 1989.

Von seinem Büro aus eilte Frank im Sommer 1990 häufig zur nahe gelegenen Mauer an der Niederkirchnerstraße, um die Mauerspechte zum Respekt gegenüber diesem historischen Monument aufzufordern. Manchmal "konfizierte" er die Hämmer, so dass sich bald in seinem Büro ein reiches Sortiment von Hacken und Hämmern fand.

Foto Stefanie Endlich



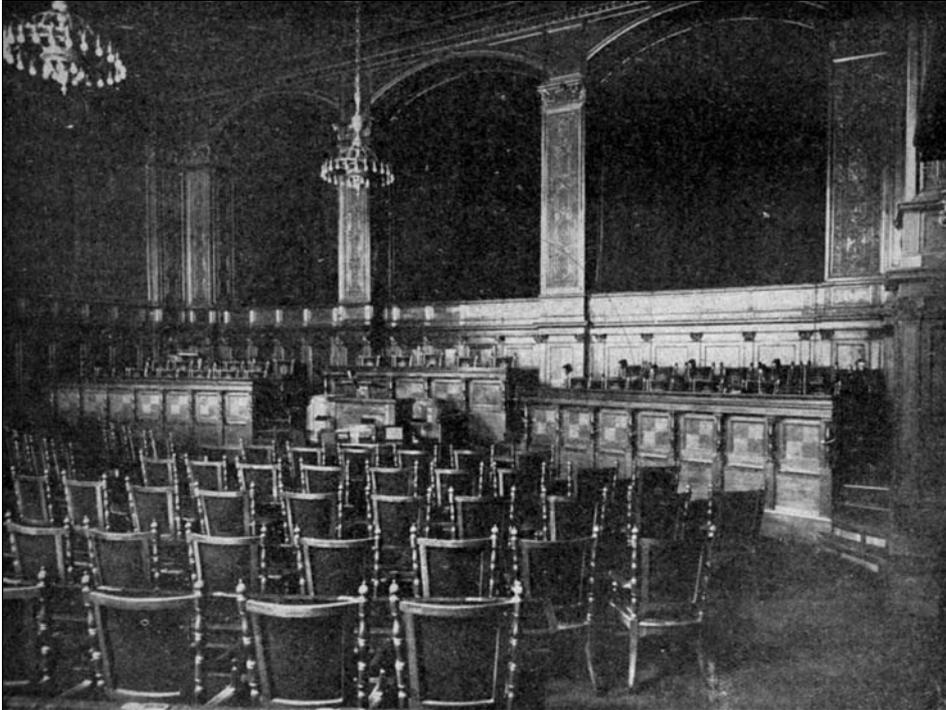


Bild **rechts**:
Der Stadtverordneten-
saal im
Berliner Rathaus
Repro

Bild **unten**:
Das Berliner Rathaus
1902
Foto Landesarchiv Berlin

Vor die Tür gesetzt

Im Nationalsozialismus verfolgte Berliner Stadtverordnete und Magistratsmitglieder

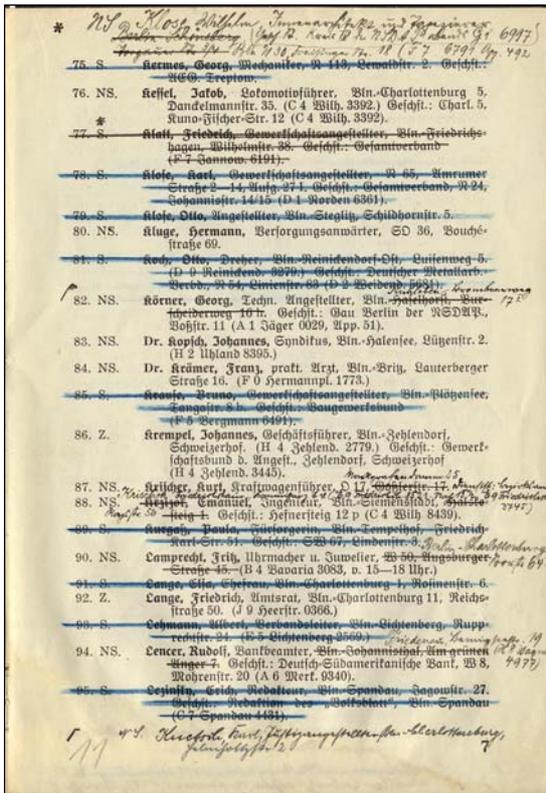
Am 20. März 1919 trat zum ersten Mal im Berliner Rathaus ein Stadtparlament zusammen, das von allen Berlinerinnen und Berlinern gewählt war und bei dessen Wahl alle Stimmen gleich viel wert waren. Im nächsten Jahr gelang dann die Vereinigung Berlins mit den umgebenden Städten und Landgemeinden zur neuen Stadt Groß-Berlin. Die erste Groß-Berliner Stadtverordneten-Versammlung trat am 12. Juli 1920 zusammen. Am 1. Oktober begann der neue Groß-Berliner Magistrat seine Arbeit.

Bis zur Entmachtung des Stadtparlaments durch die Nationalsozialisten wurde die Stadtverordnetenversammlung 1921 (die Wahl 1920 war erfolgreich angefochten worden), 1925, 1929 und zuletzt am 12. März 1933 gewählt. Seit Anfang April 1933 trat das Berliner Stadtparlament nur noch sieben Mal zusammen. Seine letzte Sitzung fand am 27. Juni 1933 statt.

An die durch den Nationalsozialismus verfolgten Stadtverordneten und Stadträte erinnert der Verein Aktives Museum mit einer Ausstellung. Die Ausstellung beschreibt in ihren Kapiteln den Lebensweg einzelner Verfolgter. Darüber hinaus stellt sie die wichtigsten Themen der Geschichte der Berliner Stadtverordnetenversammlung vor.

Auf Antrag der Fraktion der Alternativen Liste (AL) hatte das Abgeordnetenhaus am 23. Mai 1985 die Schaffung einer Gedenktafel für die NS-verfolgten Stadtverordneten beschlossen. Das Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung





(FU Berlin) wurde mit der Recherche beauftragt. Sie konnte nicht abgeschlossen werden und ihr vorläufiges Ergebnis wurde nur als eine Abgeordnetenhaus-Drucksache veröffentlicht.

Die Ausstellung des Aktiven Museums baut auf diesen Recherchen auf. Der Verein Aktives Museum konnte durch die Nutzung neu zugänglicher Quellen das Schicksal auch jener Stadtverordneten und Magistratsmitglieder ermitteln, über die bis 1988 nur wenig bzw. überhaupt kein Quellenmaterial vorlag.

Als erstes Ergebnis unserer Recherchen stellen wir die Biografien und die Verfolgung der Berliner Stadtverordneten in Form einer Ausstellung der Öffentlichkeit vor. Außerdem werden die Unterschiede der Kommunalpolitik damals und heute herausgearbeitet und an einigen wichtigen Debatten im Einzelnen dargestellt.

Die Ausstellung wird am 30. September 2005 um 11.00 Uhr im Berliner Rathaus eröffnet. Es sprechen der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit, der Präsident des Abgeordnetenhauses Walter Momper und die Vorsitzende des Vereins Aktives Museum, Christine Fischer-Defoy. Gleichzeitig wird im Rat-

haus eine Computer-Installation aufgestellt, in der nach und nach die Lebensläufe aller Verfolgten aufgenommen werden und die ständig verbessert werden kann. Die Ausstellung wird im Roten Rathaus bis zum 30. November 2005 zu sehen sein. Im Jahre 2006 wird sie ab 8. Juni im Abgeordnetenhaus von Berlin gezeigt werden. Dann wird auch das vom Verein Aktives Museum erarbeitete Gedenkbuch vorgestellt.



Ausstellungsankündigung

Vor die Tür gesetzt

Im Nationalsozialismus
verfolgte Berliner Stadtverordnete
und Magistratsmitglieder

1. Oktober bis 30. November 2005

im

Berliner Rathaus
Rathausstraße 15
10178 Berlin

Montag-Freitag 10 – 18 Uhr

Eröffnung

30. September 2005 um 11.00 Uhr

Zur Eröffnung sprechen:

Klaus Wowereit Regierender Bürgermeister

Walter Momper Präsident des Abgeordnetenhauses

Christine Fischer-Defoy

Vorsitzende des Vereins Aktives Museum